

PROTOKOLL

über die 25. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

**am Donnerstag, 18. Jänner 2007, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatssitzungssaal.**

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Gerhard Bremm, Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN: Wilhelm Hauser, Gunter Mayrhofer, Walter Oppl, Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE: DI Christian Altmann, Kurt Apfelthaler, Karl Baumgartner, Rudolf Blasi, Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta, Harald Dunst, Roman Eichhübl, Ernst Esterle, Ute Fanta, Helga Feller-Höller, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Ing. Wolfgang Hack, Gerald Hackl, Ing. Franz-Michael Hingerl, Mag. Stephan Keiler LL.M., Mag. Gerhard Klausberger, Rudolf Kohl, Hans Payrleithner, Rosa Rahstorfer, Dr. Michael Schodermayr, Mag. Erwin Schuster, Silvia Thurner, Ursula Voglsam, Eva-Maria Wührleitner, Dr. Helmut Zöttl

VOM AMT: MD OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, SR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Helmut Golda, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT: GR Rudolf Schröder, GR Mag. Martin Fiala, GR Andreas Kupfer

PROTOKOLLFÜHRER: Christian Aichmayr, Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

Keine vorhanden

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

- 1) Präs-754/06 Europäische Wissenschaftstage in Steyr 2007.
- 2) Fin-255/06 Stadtwerke Steyr; Investitionskostenzuschüsse 2007 für Investitionen im Bereich der Verkehrsbetriebe.

3) Ha-7655/91 Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen.

4) Fin-100/05 Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 2006.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDRIKE MACH :

5) Fin-245/06 APM Steyr; Maßnahmen zur Verlustabdeckung 2007.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

6) GHJ2-96/06 Sofortmaßnahme; Heizkesseltausch Punzerstraße 73 - 75.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

7) Fin-247/06 Kulturverein Röda Steyr; Jahressubvention 2007.

8) Fin-246/06 Kulturzentrum AKKU Steyr; Jahressubvention 2007.

9) Fin-190/06 Verein „Musikfestival Steyr“ Projektförderung.

10) Fin-251/06 Mitgliedsbeitrag für den RHV Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 2007; Akontozahlungen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:

11) Stw-105/06 Bilanz und G&V Stadtwerke Steyr 2005; Beschlussfassung

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

12) Wa-15/04 Hochwasserschutz Ramingbach; Vergabe der Bauarbeiten.

13) Fin-228/06 Tourismusverband Steyr; Jahressubvention 2007.

14) BauGru-11/06 Neuplanungsgebiet Nr. 14 – Neuschönau.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat, ich darf die heutige Gemeinderatssitzung eröffnen und darf feststellen, dass ordnungsgemäß einberufen wurde, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Protokollprüfer sind heute GR Helga Feller-Höller und GR Dr. Michael Schodermayr. Entschuldigt sind GR Rudolf Schröder und GR Andreas Kupfer. GR Martin Fiala wird etwas später kommen.

Ich komme gleich zu Punkt 2), Beantwortung von allfälligen Anfragen. Das Bürgerforum Steyr richtet mit Schreiben vom 11. Jänner folgende Anfrage an mich, die ich zuständigkeitshalber an Herrn Vizebürgermeister Gerhard Bremm weitergeleitet habe. Ich ersuche Dich, Herr Vizebürgermeister, um Verlesung und Beantwortung der Anfrage.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, die Anfrage von der Frau Gemeinderätin Michaela Frech lautet:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Hiermit richte ich nachfolgende Anfrage an Sie mit der Bitte, diese an den zuständigen Referenten weiterzuleiten:

1. Stimmt es, dass der Mietvertrag zwischen der Stadt Steyr und den Bundesforsten betreffend

Räumlichkeiten im Schloss Lamberg mit Ende Dezember 2006 ausgelaufen ist? Stimmt es weiters, dass seitens der Stadt Steyr dieser Vertrag nicht bzw. maximal bis Ende März dieses Jahres verlängert wird? Wenn ja, womit begründet man diesen einschneidenden Schritt, über den meines Wissens nach in keinem politischen Gremium diskutiert worden ist?

2. Wie hoch war bis dato die monatliche bzw. jährliche Miete für die Räumlichkeiten im Schloss Lamberg?

3. Welche konkreten Räumlichkeiten im Schloss Lamberg sind vom Auslaufen dieses Mietvertrages betroffen?

4. Sind regelmäßig stattfindende Veranstaltungen wie beispielsweise die Vernissagen des Kunstvereines oder die "Steyrer Hochzeitsausstellung" vom Auslaufen dieses Mietvertrages betroffen? Wenn ja, welche anderen Veranstaltungen können in Zukunft ebenfalls nicht mehr im Schloss Lamberg abgehalten werden?

Um Beantwortung dieser Fragen in der nächsten Gemeinderatssitzung vom 18. Jänner 2007 wird höflichst gebeten."

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

Zu Pkt. 1) ist zu sagen, mit den Bundesforsten wurde mit 1.1.1987 ein Mietvertrag betreffend Speichergebäude im Schloss Lamberg, kurz „Schlossgalerie“, auf 20 Jahre abgeschlossen. Dieser Mietvertrag ist somit mit 31. 12. 2006 zu Ende gegangen.

Am 31. 10. 2006 wurde seitens der Bundesforste ein Entwurf für einen neuen Vertrag übermittelt. Als gravierende Änderung gegenüber dem alten Vertrag wurde der Mietzins von dzt. Euro 528,59 netto, also Kaltmiete, ohne MWSt., auf Euro 1.800,-- monatlich angehoben und die Laufzeit mit 10 Jahre, von 1. 1. 2007 bis 31. 12. 2016, vorgeschlagen. Die Erhöhung des Mietzinses stellt eine Verdreifachung gegenüber dem derzeitigen Betrag dar.

Um keinen vertragsfreien Zeitraum und genügend Zeit für die Beratung über die weitere Vorgangsweise bzw. auch Zeit für weitere Verhandlungen mit den Bundesforsten zu haben, wurde am 18. Dezember 2006 eine Verlängerung des bestehenden Vertrages bis 31. Mai 2007 durch mich vorgenommen. Eine Diskussion darüber fand in keinem Gremium statt, weil es ja zu keiner Diskussion noch notwendig gewesen ist. Wir sind ja in den Vertragsverhandlungen. Es wäre ja die Überlegung gewesen, diesen Vertrag zu verlängern, zu den gleichen Bedingungen wie wir es jetzt gehabt haben. Das ist noch nicht abgeschlossen. Ich kann zum heutigen Zeitpunkt noch nicht, als zuständiger Referent, sagen, wie ein möglicher Vereinbarungsentwurf aussehen wird. Natürlich werden, wenn das vorliegt, die zuständigen Gremien damit beschäftigt und wird auch zur Diskussion gestellt, weil es ja einer neuerlichen Beschlussfassung zugeführt werden muss. Aus dem Grund haben wir jetzt zu gleichen Bedingungen bis 31. Mai verlängert und da war ja keine Beschlussfassung notwendig.

Zu Pkt. 2)

Die monatliche Miete betrug, wie bereits oben erwähnt Euro 528,59 exkl. USt. Das ergibt einen Betrag, inkl. USt., von Euro 634,31. Dazu sind monatliche Betriebskosten für Grundsteuer, Wasser und Kanalgebühren von Euro 416,15 dazu zu rechnen. Zusätzlich sind monatliche Heizkosten, und das ist schon ein gewaltiger Brocken, von derzeit Euro 1.274,-- notwendig und aufzubringen. Darüber hinaus kommen noch die Versicherung von Euro 62,-- und Stromkosten von Euro 490,-- dazu.

Im Jahr 2005 betrugen die Gesamtkosten für die Schlossgalerie Euro 35.421,01. Man muss aber natürlicherweise zu diesem Betrag auch noch die Personalkosten dazu rechnen. Wir haben ja dort auch einen Personalaufwand. Es sind Reinigungsarbeiten, Aufsichtsarbeiten udgl. notwendig. Also zu diesen 35.421 Euro sind Personalkosten von Euro 42.980,62 dazu zu rechnen und somit liegen wir doch deutlich über Euro 70.000 an jährlichem Aufwand für die Schlossgalerie zu alten Bedingungen. Wenn man dann die neuen Bedingungen dazu rechnet, übersteigt das natürlich diesen Betrag noch sehr spürbar.

Zu Pkt. 3)

Betroffen sind sämtliche Räume des alten Speichergebäudes, das sind jene Räume wo der Kunstverein sowie die beiden darunter liegenden Geschosse. Also alle drei Geschosse betrifft das,

die haben wir jetzt in Miete.

Zu Pkt. 4)

Betroffen sind sämtliche Vernissagen, die Hochzeitausstellung sowie die Oster- und Weihnachtsausstellung. Also, wenn wir das Gebäude nicht hätten, würden dort alle diese Veranstaltungen betroffen sein.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Zusatzfrage. Nach Ihren eigenen Zahlen die Sie heute bekannt gegeben haben was jetzt die Schlossgalerie anbelangen, wie auch was die Stadt angeblich einspart jetzt aufgrund des billigen Winters, ist Ihnen bewusst Herr Referent, dass alleine die Einsparung die wir jetzt haben, aufgrund des milden Winters, das sind drei Monate, den Betrieb der Schlossgalerie weiter sichern würden, selbst wenn man diese Mieterhöhungen in Kauf nehmen würde, weil ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So ist es ja nicht jedes Jahr.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Selbst wenn wir das in Kauf nehmen würden, dann hätten wir die Schlossgalerie für weitere sechs Jahre, für die ganze Legislaturperiode gesichert. Das möchte ich Ihnen nur bewusst machen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Wenn du garantierst, liebe Kollegin Michaela Frech, dass wir auch die nächsten Jahre ...

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Alleine mit den Einsparungen von heuer.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So ein Blödsinn.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Wir wissen zum jetzigen Zeitpunkt noch gar nicht, was wir tatsächlich Einsparungen bei den Heizkosten haben.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Die Räumung Wirtschaftshof, Streusplitt usw., deine Zahlen von heute. Wir sparen derzeit im Monat 25.000 bis 30.000 Euro. Damit kannst du sechs Jahre lang die Schlossgalerie ...

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ach so! Da würden mir noch andere Einsparungsmöglichkeiten einfallen, wenn man das so hochrechnen würde und so Querverbindungen herbringen würde.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Der Oberösterreich-Ball.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Zum Beispiel, aber mir würden noch andere Dinge einfallen. Das kann man nicht hernehmen. Grundsätzlich, ich glaube einmal, dass es notwendig ist, und ich fühle mich auch als zuständiger Referent verpflichtet, da dementsprechende Verhandlungen mit den Bundesforsten zu führen. Wenn man sieht, dass man dementsprechende Kosten wie bei den Betriebskosten hat, ist es selbstverständlich auch meine Aufgabe das aufzuzeigen und zu schauen, wo kann man dementsprechend Kosten sparen. Vor allem, gibt es Alternativen oder gibt es keine. Es wird ja nicht verboten sein, zumindest erwarte ich das von dir, auch über Dinge, die jetzt 20 Jahre bestanden haben, nachzudenken, ob es andere qualitätsvolle Alternativen dazu gibt. Nachdenken muss man können. Gerade du als Frau Professor müsstest sagen, das ist aber wirklich sehr gut, Schüler Bremm, dass du auch nachdenkst, wie man zu effizienten Einsparungen kommen kann. Also, es ist keine Entscheidung. Die Entscheidung wird in den Gremien zu treffen sein, da wird es noch Diskussionen geben, auch auf der politischen Ebene. Ich werde dafür garantieren, dass wir auch zeitgerecht Diskussionen darüber führen in den Fraktionen. Das wird kein Alleingang sein von meiner Seite oder von unserer Seite, aber jetzt muss das einmal diskutiert werden, jetzt muss man ausloten,

welcher Spielraum ist bei den Bundesforsten gegeben. Zur Zeit zeichnet sich ab, dass halt die Privatisierung der vergangenen Jahre ihre Früchte trägt und dass man gerade bei diesen Bereichen den Daumen drauf hält und jetzt versucht halt auch dort spürbar nachzujustieren. Das muss man jetzt einmal ausloten. Wenn Ergebnisse vorliegen, werde ich auch darüber dementsprechend berichten.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Aber auch der Schüler Bremm sollte wissen, dass Vernissagen eine lange Anlaufzeit haben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Eine Zusatzfrage.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Es wird auf alle Fälle garantiert sein, dass die Veranstaltungen, die in der Stadt durchgeführt werden, auch möglich sein werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich bin froh, dass man nachdenkt darüber, wie man in Zukunft diese ganzen Veranstaltungen in Steyr macht und das muss man auch dem Referenten zugestehen, dass er sich darüber den Kopf zerbricht. Deine Rechnung, die du aufstellst, wo man sagt, na ja, wenn wir jetzt zufällig wieder einmal einen warmen Winter haben und wir brauchen weniger, deswegen können wir gleich das Geld sofort wieder wo anders ausschütten. Wenn ich das jedes Mal mache, dann bin ich wahrscheinlich in kurzer Zeit bankrott. Ich erinnere dich nur daran, dass wir voriges Jahr einen sehr langen, harten und intensiven Winter gehabt haben, wo wir sehr viel Schneeräumung machen mussten und da bekommen wir nicht extra irgendwo ein Geld dazu.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Aber der zuständige Referent für Kulturveranstaltungen ist schon noch der Spanring?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir haben jetzt über Schneeräumung gesprochen. Ich bin zumindest der zuständige Finanzreferent. So, das war jetzt die Anfrage. Ich komme zu Punkt 3), Mitteilungen des Bürgermeisters.

Steyr - Stadt im Flow. Ein Jahr Suchtvorbeugung

Vor einem Jahr ist die Aktion Flow in Steyr gestartet worden. Ziel des Projektes ist die Suchtvorbeugung und Förderung der seelischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Gefördert und unterstützt wird Flow von der Stadt Steyr, dem Gesundheitsreferat der Landesregierung und dem Fonds Gesundes Österreich.

Flow schafft Angebote für die jungen Menschen, die von der Notfallkarte bis zum Schuleinsteiger-Projekt an der Handelsschule und Handelsakademie reichen. Es wird außerdem vermittelt, wie man als junger Mensch vernünftig und bewusst mit Alkohol umgehen kann, Erlebnis-Workshops mit Jugendlichen des Jugendzentrums Resthof sind ebenfalls auf dem Programm.

Einzigartig ist bei Flow die Vernetzung: Neben den Spezialisten für Jugendarbeit, Drogenhilfe und Sozialarbeit bringen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Jugendeinrichtungen, Schulen, Kriminalpolizei sowie Kinderbetreuungsstätten Wissen und Erfahrung ein. Damit wird eine wichtige Voraussetzung für wirkungsvolle Suchtvorbeugung umgesetzt.

Trauungs-Saal im Schloss Lamberg immer beliebter

Der Trauungs-Saal im Schloß Lamberg ist bei Braut-Traupaaren sehr beliebt. Im vergangenen Jahr haben sich 238 Paare im Schloss Lamberg eingefunden, um sich in einem der schönsten neuadaptierten barocken Trauungssäle Österreichs das Ja-Wort zu geben. Mit 25 Brautpaaren, die dann in den umliegenden Gemeinden die Ehe geschlossen haben, wurde das Aufgebot durchgeführt. 88 Paare haben von auswärts die Ehe in Steyr geschlossen, darunter Linzer und Wiener Paare. Seit 01. 01. 1939, dem Beginn der offiziellen staatlichen Matrikenführung, haben 22.088 Paare in Steyr die Ehe geschlossen.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im Dezember 2006 betrug 6,4% und ist im Vergleich zum Vormonat um 1,9 % höher. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringerte sie sich um 1,6 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Dezember 2006 2.740. Diese erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 40,7 % (d.s. 793 Personen) und gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 18,5 % (d.s. 624 Personen).

Im Dezember 2006 sind 478 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 52 Stellen weniger und gegenüber dem Vorjahr um 119 Stellen mehr.

Wir kommen zur „Aktuellen Stunde“, da gibt es keine Anfrage. Ich bitte nun um Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates und komme zu den Verhandlungsgegenständen.

Es gibt heute einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Studiengebühren“. Wie üblich werden wir zuvor über die Dringlichkeit abstimmen. Zur Dringlichkeit möchte ich erwähnen, die Dringlichkeit des Antrages ist deshalb gegeben, da unter Einrechnung einer, wenn auch kurzen, Beratungs- bzw. Verhandlungsphase eine Abschaffung der Studiengebühren zum ehestmöglichen Termin, das ist mit Beginn des nächsten Semesters, das ist mit 1. 3. 2007, angestrebt wird. Bei einer späteren Befassung durch den Gemeinderat wäre eine Abschaffung zu Semesterbeginn 1. 3. 2007 nicht möglich.

Ich bitte nun über die Dringlichkeit abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer dem Antrag die Dringlichkeit gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? 3 FPÖ. Enthaltungen? Keine. Die Dringlichkeit wurde dem Antrag zuerkannt. Wir werden den Antrag am Ende der Sitzung behandeln.

Ich ersuche nun den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem ersten Punkt geht es um die Wissenschaftstage in Steyr im Jahr 2007. In diesem Jahr heißt das Thema „Gesundheitsökonomie“. Ich glaube, dass das ein sehr interessantes und sehr aktuelles Thema ist. Es geht ja unter anderem auch um die demographische Entwicklung in der Gesellschaft und um Kostenexplosion im Gesundheitswesen. Für die Durchführung der Europäischen Wissenschaftstage in Steyr konnten wieder renommierte Professoren von den Vereinigten Staaten, von Schweden, von den Niederlanden, der Schweiz, Dänemark und Deutschland gewonnen werden. Ich bitte dem Antrag zuzustimmen. Es geht hier um 52.700 Euro.

1) Präs-754/06 Europäische Wissenschaftstage in Steyr 2007.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für allgemeine Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 24. 11. 2006 wird für die Durchführung der „Europäischen Wissenschaftstage 2007 in Steyr“ ein Subventionsbetrag in Höhe von

€ 52.700,-- bei der VSt. 1/289000/757300 für das Finanzjahr 2007 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, der nächste Punkt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Im zweiten Antrag geht es um die Investitionskostenzuschüsse 2007 für die Stadtwerke Steyr, hier um die Mittelfreigabe. Im Budget sind diese Summen bereits vorgesehen und es ist ein gesonderter Freigabebeschluss im Stadtsenat bzw. im Gemeinderat notwendig. Es geht hier um die Summe von 730.000 Euro. Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

2) Fin-255/06 Stadtwerke Steyr; Investitionskostenzuschüsse 2007 für Investitionen im Bereich der Verkehrsbetriebe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 22. 12. 2006, wird den Stadtwerken Steyr zur teilweisen Finanzierung von Investitionen im Bereich der Verkehrsbetriebe ein Investitionskostenzuschuss in der Höhe von insgesamt Euro 731.400,-- gewährt.

Zu diesem Zweck wird bei VASSt. 5/879000/779000 ein Betrag in Höhe von EUR 681.400,-- und bei VASSt. 5/879000/779200 ein Betrag von EUR 50.000,-- für das Rechnungsjahr 2007 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 730.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau Wührleitner bitte.

GEMEINDERÄTIN EVA-MARIA WÜHRLEITNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Ein paar Gedanken zu den städtischen Bussen. Speziell am Morgen und in den Mittagsstunden sind die Busse dermaßen voll, die Schüler picken förmlich an den Scheiben. Ich möchte gar nicht daran denken, wenn ein Bus einmal schnell bremsen müsste oder wenn es einen Unfall gäbe. Wer ist verantwortlich dafür? Muss der Chauffeur alle Schüler einsteigen lassen? Ja oder nein. Ich weiß z. B. von einem mitfahrenden Vater, der mit seiner Tochter einmal mitgefahren ist, Anzahl der Personen, Haltestelle BAKIP, 88. Anzahl der Personen beim City-Point, 111 Personen in einem so kleinen Autobus. Ich weiß von einem Münchholzer Schüler definitiv, der steht jeden Tag eine halbe Stunde früher auf, der fürchtet sich förmlich vor den überfüllten Bussen und der ist schon einmal rausgeschmissen worden. Das kann es nicht sein. Das sind nur zwei von den Beispielen. Ich höre oft von solchen Geschichten von den Autobussen. Da stellt sich schon die Frage, ist das jetzt ein Personentransport oder ein Viehtransport. Sogar bei den Hendln gibt es eine bestimmte Regelung, wie viele Hendln dürfen in einer Zelle sein und wie viel Platz haben sie.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN EVA-MARIA WÜHRLEITNER:

Bei unseren Steyrer Schülern ist das scheint nicht der Fall. Das ist mir wirklich ein Anliegen. Die Schüler, das ist gefährlich. Da sind einfach zu viele Schüler drinnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Vielleicht ganz kurz Frau Gemeinderätin. Mit den Investitionskosten hat das mit Sicherheit nur ganz am Rande zu tun. Wir werden aber Ihre Anregung auf alle Fälle den Stadtwerken weiter leiten und darüber diskutieren, wie man irgendwelche Engpässe, die es da offensichtlich gibt, es geht ja auch hier um überfüllte Busse. Wenn es so ist, dann muss man auch darauf reagieren. Wir nehmen das mit Sicherheit sehr ernst und schauen uns das an, weil wir auch froh sind, wenn möglichst viele Leute mit unseren Bussen unterwegs sind.

Jetzt aber zum Investitionskostenzuschuss und da darf ich bitte um die Abstimmung bitten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich komme zu meinem Punkt 3), Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen. Ich habe mir diese Zahlen sehr genau angesehen und muss eigentlich feststellen, dass die Unterschiede zwischen der größten Fraktion und der kleinsten Fraktion aus meiner Sicht doch nicht ganz dem Verhältnis in unserem Gemeinderat entsprechen. Man muss in

Zukunft mit Sicherheit darüber nachdenken, wie eine andere Gestaltung aussehen könnte. Ich sage dazu – könnte. Ich bitte aber diesem Vorschlag und diesem Antrag so die Zustimmung zu geben.

3) Ha-7655/91 Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen erhält jede im Gemeinderat vertretene Fraktion für das Rechnungsjahr 2007 über einen durch die jeweilige Fraktion an den Magistrat der Stadt Steyr gesondert zu richtenden Antrag einen Finanzierungsbeitrag in der nachstehenden Höhe.

Diese Beträge errechnen sich aus den für das Rechnungsjahr 2006 festgelegten Ansätzen.

Eine Valorisierung dieser Beträge hat jährlich gemäß dem Verbraucherpreisindex 1986 - nunmehr für das Jahr 2007 - zu erfolgen. Als Ausgangsbasis für die Berechnung der Wertänderung dient die Indexziffer vom Dezember 2005. Die angeführten Beträge verändern sich im selben Ausmaß, in dem die für den Dezember des Jahres 2005 verlautbarte Indexziffer von der für Dezember 2004 verlautbarten Indexziffer abweicht.

Im Einzelnen ergeben sich demnach für die einzelnen Gemeinderatsfraktionen nachstehende Förderungsbeiträge, die zur Vermeidung von unrunder Beträgen kaufmännisch gerundet wurden:

SPÖ

20.292,00 Euro (Sockelbetrag)
43.930,00 Euro (pro Mandat 1.910,00 Euro)
32.959,00 Euro (Fraktionsumlage 1.433,00 Euro pro Mandat)
97.181,00 Euro

ÖVP

20.292,00 Euro (Sockelbetrag)
11.460,00 Euro (pro Mandat 1.910,00 Euro)
8.598,00 Euro (Fraktionsumlage 1.433,00 Euro pro Mandat)
40.350,00 Euro

FPÖ

20.292,00 Euro (Sockelbetrag)
5.730,00 Euro (pro Mandat 1.910,00 Euro)
4.299,00 Euro (Fraktionsumlage 1.433,00 Euro pro Mandat)
30.321,00 Euro

DIE GRÜNEN STEYR

20.292,00 Euro (Sockelbetrag)
5.730,00 Euro (pro Mandat 1.910,00 Euro)
4.299,00 Euro (Fraktionsumlage 1.433,00 Euro pro Mandat)
30.321,00 Euro

20.292.986,00 Euro (Sockelbetrag)
1.910,00 Euro (pro Mandat 1.910,00 Euro)
1.433,00 Euro (Fraktionsumlage 1.433,00 Euro pro Mandat)
23.635,00 Euro

Die Finanzierung gelangt nur über Antrag der jeweiligen Gemeinderatsfraktion, der an den Magistrat der Stadt Steyr zu richten ist, zur Auszahlung.

Durch die gegenständliche Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs- Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen wird die Auszahlung der Beiträge für die Schulung der Gemeindefunktionäre, die aufgrund eines Erlasses des Amtes der OÖ. Landesregierung jährlich zu leisten ist, nicht berührt und bleibt daher weiter bestehen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

221.808,00 Euro werden bei der VSt. 1/000000/757000 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich komme zu Punkt 4), Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 2006. Zur Bedeckung des außerordentlichen Haushaltes für das Rechnungsjahr 2006 sind Darlehensaufnahmen in der Summe von 13,8 Mio. beschlossen worden. Davon wurde ein Teilbetrag bereits aufgenommen. Es verbleiben noch 8,4 Mio. wobei 6 Mio. auf 20 Jahre und 2,4 Mio. auf 10 Jahre aufgenommen werden sollten. Wir haben entsprechende Ausschreibungen getätigt. Wir haben das Ganze sehr gewissenhaft geprüft und sind zu einer im Antrag vorliegenden Sachverhaltsdarstellung gekommen. Ich bitte dieser Darlehensaufnahme die Zustimmung zu geben.

4) Fin-100/05 Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 2006.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 9. Januar 2007, wird folgenden Darlehensaufnahmen zugestimmt.

a) 10-jährige Darlehen:

Darlehensgeber: Kommunalkredit Austria AG

Betrag und Laufzeit: Maximal EURO 2,400.000,-- mit einer Laufzeit von 10 Jahren.

Kondition:

Bindung an den 6-Monats-CHF-LIBOR mit einem Aufschlag von + 0,063 % bzw. EURIBOR mit einem Aufschlag von + 0,046 % bei halbjährlicher Wahlmöglichkeit zu den Zinssatzanpassungs- und/oder Tilgungsterminen und einer Konvertierungsberechnung zum Devisenmittelkurs ohne Spanne.

b) 20-jährige Darlehen:

Darlehensgeber: Kommunalkredit Austria AG

Betrag und Laufzeit: Maximal EURO 6,000.000,-- mit einer Laufzeit von 20 Jahren.

Kondition:

Bindung an den 6-Monats-CHF-LIBOR mit einem Aufschlag von + 0,063 % bzw. EURIBOR mit einem Aufschlag von + 0,046 % bei halbjährlicher Wahlmöglichkeit zu den Zinssatzanpassungs- und Tilgungsterminen und einer Konvertierungsberechnung zum Devisenmittelkurs ohne Spanne.

Die o.a. Beträge stellen Maximalbeträge dar. Bei einem geringeren Bedarf wird der Geschäftsbereich für Finanzen ermächtigt die jeweiligen Volumina entsprechend zu verringern.

Sollten aus wirtschaftlichen Gründen (Ausnützung von Prüffristen, Zahlungszielen, ect.) Teile der mit diesen Darlehen finanzierten Ausgaben erst im Rechnungsjahr 2007 zur Auszahlung gelangen, können Teile dieser Darlehen auch auf Rechnung 2007 zugezählt werden.

Aus verwaltungstechnischen Gründen können die o.a. Maximalbeträge auch auf mehrere Schuldscheine aufgeteilt werden.

Der o.a. Geschäftsbereich wird ermächtigt, die Darlehensbedingungen entsprechend den Ausschreibungsgrundlagen bzw. Angeboten festzulegen.

Weiters wird der Geschäftsbereich für Finanzen im Hinblick auf ein aktives Darlehensmanagement ermächtigt, für gegenständliche Darlehen sämtliche notwendigen Zins-, Währungs- und sonstigen

Dispositionen zu treffen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Niemand. Wer übt Stimmenthaltung? 4 (3 FPÖ und 1 Bürgerforum). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich danke dem Bürgermeister für seine Berichterstattung und ich gebe den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte als nächste Berichterstatteerin die Frau Vizebürgermeisterin um ihre Berichte.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich habe heute nur einen Punkt und zwar geht es hier um das Alten- und Pflegeheim Münichholz. Es geht um Maßnahmen zur Verlustabdeckung für 2007. Es sind im Budget 503.253,-- Euro vorgesehen. Es wird ausbezahlt nach Bedarf, mit Absprache des Finanzreferenten bzw. mit der Finanzabteilung. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

5) Fin-245/06 APM Steyr; Maßnahmen zur Verlustabdeckung 2007.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Liquiditätssicherung des Alten- und Pflegeheimes Münichholz werden die im Budget 2007 vorgesehenen Mittel zur Verlustabdeckung bei der Voranschlagstelle 1/899000/759200 in der Höhe von Euro 503.253,00 freigegeben. Grundsätzlich hat die Auszahlung nur im für die Liquidität erforderlichen Ausmaß, in Abstimmung mit dem Geschäftsbereich für Finanzen zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Ich danke der Berichterstatteerin. Nächster Berichterstatte ist Herr Vzbgm. Gerhard Bremm.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

In meinem Antrag geht es um den Heizkesseltausch in der Punzerschule im Münichholz. Es ist hier eine Sofortmaßnahme notwendig aufgrund des desolaten Zustandes dieses Heizkessel ist hier die Dringlichkeit mit Bürgermeisterverfügung gegeben. Es ist im Amtsbericht erläutert. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

6) GHJ2-96/06 Sofortmaßnahme; Heizkesseltausch Punzerstraße 73 – 75.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 1. 12. 2006, womit wegen Dringlichkeit gemäß § 49 (7) des Statutes für die Stadt Steyr Nachstehendes angeordnet wurde, wird hiermit genehmigt.

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 1. 12. 2006 wird den Auftragsvergaben zur Erneuerung des Heizkessels der Punzerschule, Punzerstraße 73 – 75, an die Fa. Klausriegler, Kesseltausch € 20.483,78 inkl. USt., die Fa. Mayr Peter – Kaminsanierung € 6.000,00 inkl. USt., und die Fa. Kammerhofer – Elektroarbeiten € 2.500,00 inkl. USt.

sowie einer Kreditübertragung in der Höhe von € 29.000,00 inkl. USt. von der VA-Stelle 5/029000/010000 (Amtsgebäude Gebäude)

und um Mittelfreigabe von € 9.280,00 inkl. USt. bei der VA-Stelle 5/211000/010000 (Volksschulen Gebäude)

€ 8.410,00 inkl. USt. bei der VA-Stelle 5/212000/010000 (Hauptschulen Gebäude)

€ 7.250,00 inkl. USt. bei der VA-Stelle 5/213000/010000 (Sonderschulen Gebäude)

€ 4.060,00 inkl. USt. bei der VA-Stelle 5/214000/010000 (Poly. Techn. Schulen Gebäude)

zugestimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich komme gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter.

Nächster Berichterstatter ist Herr Vzbgm. Dietmar Spanring.

Ich möchte noch bekannt geben, der GR Klausberger hat mir gerade gesagt, dass es eine Sturmwarnung gibt und dass alle Schüler sofort nach Hause geschickt wurden.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Der Landesschulrat für OÖ hat alle Schulen OÖ verständigt, dass für 16 Uhr ein heftiger Sturm erwartet wird. Die Schüler werden nach Hause geschickt und es ist dafür Sorge zu tragen, dass sie nicht mehr auf der Straße sind. Bei uns in der HAK läuft das bereits.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Herr Vizebürgermeister darf ich dich bitten um deine Berichte.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Nach dieser Meldung darf ich mit meinem Bericht beginnen.

In meinem ersten Antrag geht es um den Kulturverein Röda, die Jahressubvention 2007 in der Höhe von 40.000,-- Euro die entsprechend im Budget vorgesehen ist. Ich ersuche um Freigabe dieses Betrages.

7) Fin-247/06 Kulturverein Röda Steyr, Jahressubvention 2007.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 15. Dezember 2006 wird dem Kulturverein Röda Steyr, vertreten durch den Vorsitzenden Mario Werndl, 4400 Steyr, Gaswerksgasse 2, eine Jahresförderung für das Jahr 2007 in der Höhe von

€ 40.000,-- (i. W. EURO vierzigtausend)

gewährt.

Der genannte Betrag findet seine Deckung bei der VA-Stelle 1/300000/757000

(Kulturangelegenheiten – lfd. Transferzahlungen an private Organisationen ohne Erwerbschar. – Röda) und wird aus dieser VA-Stelle freigegeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr GR Altmann bitte.

GEMEINDERAT DI CHRISTIAN ALTMANN:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätzte Vertreter der Medien. In dem vorliegenden Antrag geht es um die Ausbezahlung der Jahressubvention an das Kulturzentrum Röda in der Höhe von 40.000 Euro und ich möchte den hohen Gemeinderat gerne einladen mit mir zurück zu überlegen was denn eigentlich so die Intention mit der Gründung des Kulturzentrums Röda war, nämlich ein offenes Kulturhaus zu schaffen für alle Steyrer Jugendlichen und alle Steyrer Vereine. Das was wir in den letzten Monaten eigentlich so ein bisschen zurückgespiegelt haben, von Jugendlichen die teilweise dort mit Musikgruppen auftreten wollten, war ein bisschen ein anderes Bild. Und zwar jenes Bild, dass es ihnen eigentlich erschwert worden ist da drinnen mit einer Band aufzutreten. Es sind konkret 800 Euro fällig, wenn man dort als Jugendband auftreten will, wo man Saalmiete bezahlen muss. Man hat keine Möglichkeit als Jugendband dort Einnahmen zu lukrieren durch Getränkeverkauf z. B., weil das durch das Röda selbst gemacht wird. Meine Fraktion ist einfach der Auffassung, dass 40.000 Euro zur Förderung eines einzigen Kulturvereines ein etwas zu hoher Betrag ist, wenn man sich anschaut, welche anderen Vereine es in Steyr gibt, die mindestens

genauso viel zur Steyrer Kultur beitragen. Ich möchte sagen, dass sich meine Fraktion bei diesem Antrag der Stimme enthalten wird. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Fanta.

GEMEINDERÄTIN UTE FANTA:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nur ganz kurz, weil es nicht mein Ressort ist, sozusagen intern in Vertretung vom Herrn Kupfer, dazu sagen, es wird sicher jetzt keine Diskussion geben oder es sollte keine geben, diverse Kulturaktivitäten und Vereine die die betreiben, untereinander auszuspielen. Ich persönlich weiß nur vom Kulturverein Röda, dass die 40.000 Euro, die sie kriegen, dass davon ca. 35.000 Euro verwendet werden müssen für die Miete, für die Heizkosten, für die Personalkosten, also dass für die aktive Jugendarbeit oder Kulturarbeit ein minimaler Betrag übrig bleibt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Das stimmt ja nicht.

GEMEINDERÄTIN UTE FANTA:

Ich habe die Abrechnung gesehen. Der Herr Liebl, als Vorsitzender, hat das mehrmals verschickt. Ich möchte das zu bedenken geben. Also so gesehen glaube ich nicht, dass die 40.000 Euro so wahnsinnig viel sind.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau GR Frech.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich möchte jetzt nicht im Detail auf den Kulturverein Röda eingehen, aber sehr wohl im Zusammenhang ein Thema ansprechen, weil wir jetzt drei Subventionsansuchen vorliegen haben, wobei zwei Subventionsansuchen, das eine um 40.000 Euro Röda und das andere 30.000 Euro AKKU, für Vereine sind, die ein ganzes Jahr lang Programm bieten, die ein ganzes Jahr lang Fixkosten haben, die nicht gering sind und deshalb wir uns glaube ich einmal die Frage stellen sollten, wie sieht es aus, das Verhältnis zwischen Förderungen für Vereine, die das ganze Jahr über Programm machen, hohe Fixkosten haben, die schon erwähnt worden sind, und Einmalveranstaltungen. Ich möchte jetzt nicht das Musikfestival infrage stellen. Ich möchte nur als Denkanreiz geben, da haben wir auch 36.500 Euro für drei Wochen, wo ich diese Fixkosten nicht habe. Ganz wertfrei, nicht um irgendwelche Leistungen zu schmälern, aber dass wir im Prinzip dahin gehen, denken müssen, dass jene Verein die das ganze Jahr über aktiv sind hohe Fixkosten haben, ganzjährig Programm bieten und damit auch sehr viel für den kulturellen Ruf der Stadt tun, im Prinzip viel mehr gefördert werden müssten als das bisher der Fall war. Wenn du, Christan Altmann, sagst, es wird so viel verrechnet wenn eine Band dort auftritt, dann halte ich das auch nicht für gut, aber es zeigt eigentlich die Not der Vereine, weil, um überhaupt überleben zu können, sie dann anderen die beispielsweise dort auftreten oder die dort etwas machen möchten natürlich irgendwie diese Kosten in Rechnung stellen müssen, weil sie eben von der Stadt her zu wenig an Subventionen, an Förderungen bekommen. Mein Appell wäre eigentlich genau der umgekehrte, jetzt herzugehen und wirklich die Förderungen der Vereine, die das ganze Jahr über aktiv sind, zu überdenken. Die gehören längst erhöht. Die Subventionsansuchen dafür liegen ja auch vor. Das sieht man ja in diesen Amtsberichten nie, da steht dann immer, der Verein sucht an. Nur die Vereine suchen seit Jahren um sehr viel höhere Beträge an und weisen auch ständig darauf hin, dass sie im Prinzip schon längst unter dem Existenzminimum agieren und die Tätigkeit eigentlich nur mehr geht, weil die meisten in diesen Einrichtungen wirklich ehrenamtlich agieren und kaum Personalkosten oder gar keine Personalkosten anfallen. Aber einfach die Fixkosten dermaßen exorbitant inzwischen geworden sind. Wie gesagt, da wäre mein Appell, auch in einer der nächsten Kulturausschusssitzungen, diese Frage einmal zu überlegen, wie man es schaffen kann, dass man gerade Vereine, die das ganze Jahr über tätig sind, besser finanziell ausstattet, Ressourcen bündelt und ihnen die Arbeit und Tätigkeit erleichtert.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste, werte Vertreter der öffentlichen Medien. Mich hat eigentlich die Wortmeldung der Kollegin Fanta hellhörig gemacht. Nämlich deshalb, weil sie offensichtlich im Auftrag vom Herrn Kupfer gemeint hat, dass man nicht darüber diskutieren sollte, hier im Gemeinderat, welche Aktivitäten dort von unterschiedlichen Musikanbietern oder sonstigen Aktivisten gemacht werden sollen. Das ist schon sehr interessant, wenn man dem Glauben schenkt, was hier der Kollege von der ÖVP dargelegt hat, und ich gehe davon aus, dass das richtig ist, dass er die Meldungen von anderen, die dort auftreten wollten, gehört hat, dann ist das schon sehr interessant. Wenn man hört, dass es unterschiedliche Auffassung gibt, ob dort Miete zu bezahlen ist oder nicht, die Frau Kollegin Fanta meint, es ist eine Miete zu bezahlen, dann stelle ich fest, dass es da große Auffassungsunterschiede gibt. Ich stelle daher den Antrag, zur Klärung dieser unterschiedlichen Auffassungen, diesen Antrag vorerst zurück zu stellen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Kollegin Fanta direkt darauf.

GEMEINDERÄTIN UTE FANTA:

Ich möchte zwei Sachen klarstellen. Das eine ist, dass es stimmt, dass das Röda keine Miete bezahlt, aber trotzdem die Fixkosten dementsprechend hoch sind. Herr Eichhübl, ich habe nicht im Auftrag vom Herrn Kupfer mich gegen eine Diskussion verwehrt. Ich persönlich bin da gestanden, weil der Herr Kupfer nicht da ist und ich weiß, wie es um das Röda steht und ich mir das nicht in den Mund legen lassen will, dass ich mich gegen eine Diskussion über die Mittelvergabe verwehre. Es geht jetzt da um einen Antrag dem ich persönlich sicher zustimmen werde, aber nicht um das was sie mir da jetzt in den Mund gelegt haben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gerhard, wir haben einen Antrag zur Geschäftsordnung.

MD-STV. PRÄSIDIALLDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Ist das ein Antrag auf Absetzung des Verhandlungsgegenstandes oder ein Antrag auf Zuweisung in irgendeinen Ausschuss.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Rückstellung hat er gesagt.

MD-STV. PRÄSIDIALLDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Rückstellung gibt es nicht. Es gibt entweder eine Absetzung ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das heißt, wir müssen jetzt über die Absetzung abstimmen.

MD-STV. PRÄSIDIALLDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Jeder Fraktion steht eine Wortmeldung zu.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Also Wortmeldung zum Thema Absetzung dieses Punktes. Jede Fraktion hat eine Wortmeldung. Gerhard bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Die Debatte wird ja dann weiter geführt. Wir sind für das Nichtabsetzen. Wir werden dem nicht zustimmen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

ÖVP.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Thema ist ja ein Dauerbrenner. Wir haben ja fast jedes Jahr eine ähnliche Diskussion, haben bisher alle immer einheitlich zugestimmt und haben aber immer gesagt, das ist schon richtig, man müsste darüber diskutieren. Darum geht es. Auch heuer bitte schön ist nicht wirklich jetzt wieder diskutiert worden darüber, sondern schon in der ersten Sitzung des Gemeinderates des neuen Jahres kommt die Beschlussfassung daher. D. h., wieder ein Jahr verstrichen ohne dass man sich grundsätzlich darüber unterhält, ob das noch den Intentionen entspricht, die wir eingangs hatten als dieses Projekt ins Leben gerufen wurde. Wenn wir dann hören von der Frau Kollegin Fanta, da wird Miete bezahlt und es ist so teuer und die Betriebskosten sind so hoch, auf der anderen Seite wird keine Miete bezahlt, dann ist das schon entscheidend und das gehört geklärt. Wir sind schon der Meinung, Rückstellung. Es ist ja auch noch kein Problem bitte schön, wir haben Mitte Jänner, da ist noch überhaupt nichts aus der Welt. Bitte schön, stellen wir es bis zur nächsten Sitzung zurück und erkundigen wir uns in der Zwischenzeit was ist jetzt wirklich wahr.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, es ist wieder einmal unheimlich interessant, wie sich die ÖVP hier verhält, nachdem sie ja seit Jahren, im Grunde genommen, den Vorsitz im Kulturausschuss besessen hat und mithin auch immer noch, jetzt mit neuer Führung, Wolfgang Hack, besitzt. Also wäre durchaus immer wieder die Möglichkeit gewesen, das im Kulturausschuss der Länge und der Breite, wie man so schön sagt, zu diskutieren. Warum ist es nicht diskutiert worden? Es stimmt nicht, Herr Kollege Mayrhofer, dass wir alle Jahre darüber immens diskutieren über die Inhalte des Kulturvereines Röda geschweige denn des Kulturvereines AKKU, sondern wir sind alle im Grunde genommen der Auffassung, dass alle beide, und auch noch andere, sehr gute Arbeit leisten und dass wir diese Arbeit auch unterstützen müssen. Ich kann mich zwar nicht erinnern, dass Ihre Fraktion bei den Budgetverhandlungen versucht hat für diese beiden Vereine Erhöhungen zu fordern, wir haben es auf jeden Fall gemacht, mit wechselnden Erfolgen, muss ich zugeben. Aber, um noch einmal zurück zu kommen auf die Wortmeldung des Herrn Kollegen Altmann. Als selbstständiger Verein muss es mir schon offen bleiben, dass ich darüber beschließen kann, welche Gruppe bei mir auftreten darf und wer nicht, oder ob man eine andere Möglichkeit unter Umständen finden könnte, oder einen anderen Zeitpunkt oder was auch immer. Klar ist auf alle Fälle, dass bei jedem Auftritt auch Kosten entstehen die mitbedacht werden müssen. Ich denke mir, das gehört zu einer ordentlichen Vereinsführung dazu, dass man sagt, das ist uns entweder zu teuer oder wenn die Gruppe besonders wertvoll ist für das kulturelle Leben, dass sie sich überlegen, eine andere Form zu finden. Wenn Sie hier bemängeln, dass es veranstaltenden Vereinen nicht ermöglicht wird hier selbst auszuschenken und irgendwelche Brötchen und Getränke in Eigenregie zu Eigengewinn hier durchzuführen, dann ist das doch wirklich mehr als wie blauäugig zu glauben, dass das unbedingt sein muss. Vor allen Dingen auch deswegen, weil wir alle wissen, dass auch ein Gutteil aller Defizite die dort entstehen, auch über Büffets ect. abgedeckt werden, weil wenn da auch keine Möglichkeit mehr bestehen würde, würde das Defizit des Vereines ja ins Unendliche wachsen. Was jetzt der Kollege Eichhübl so etwas spitzfindig eingeworfen hat, man müsste das jetzt zurückweisen, ist die klassische Kulturfeindlichkeit der FPÖ, gerade im Bezug auf den Kulturverein Röda, mit dem sie anscheinend keine besonderen Erfahrungen gemacht hat.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Das ist richtig.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Genau, das ist der Grund, danke, dass Sie es zugeben. Was sie hiermit wollen ist eigentlich, dass der Kulturverein Röda in Ermangelung finanzieller Mittel wieder Geld, Darlehen aufnehmen muss und somit die Banken fördert und der Antrag, der am Jahresanfang erfolgt, auch bezwecken soll, dass sich die vielen, vielen Vereine, die von Subventionen der Stadt Steyr abhängig sind, nicht ihr Geld ständig bei der Bank besorgen müssen, sondern, damit sie zumindest am Anfang des Jahres gleich die Möglichkeit haben hier finanziell ausgestattet zu werden. Also, ein bisschen dünn ist das schon, meine Damen und Herren von der FPÖ und von der ÖVP, was sie hier irgendwie so unterschwellig oder auch öffentlich verlangen. Ich bin auf alle Fälle dafür, dass wir heute absimmten, dass der Verein, oder die Vereine, Geld bekommen sollen. Alles andere ist eigentlich ein Kasperltheater.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. FPÖ. Roman, willst du noch etwas sagen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Es ist eh schon alles gesagt.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Aber 14 Euro für einen Eintritt zu verlangen, ist auch sehr hoch.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Was der Verein tut, das weiß ich nicht.
GR Frech.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, wert Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wert Gäste. Ich möchte mich jetzt nicht auf die Ebene begeben, ob jetzt 14 Euro hoch oder niedrig sind, sondern der Punkt ist der, was habe ich an Gesamtkosten, wie kann ich meine Gesamtkosten decken. Wenn Sie sich diesen Amtsbericht anschauen, dann ist für mich ein zentraler Satz in diesem Amtsbericht. Dieser zentrale Satz ist: „Der oben angeführte Betrag wurde bei den Budgetverhandlungen für das heurige Jahr eingebracht und mit Beschlussfassung des Budgets für das Jahr 2007 durch den Gemeinderat der Stadt Steyr, am 14. 12. 2006 zur Kenntnis gebracht.“ D. h., dem Kulturverein Röda hat man ganz klipp und klar öffentlich beschlossen mitgeteilt, dass er mit dieser Subvention rechnen kann. Wo wir ohnedies nicht das machen was Städte vergleichbarer Größenordnung tun, dass sie eine Mindestabsicherung ihrer Kulturvereine für drei Jahre machen, wir ohnedies immer nur von einem Jahr in das nächste Jahr agieren und die Planbarkeit extrem gering ist, dann noch her zu gehen und etwas, was man öffentlich bereits verkündet hat, als Zusage infrage zu stellen, dann muss jedem, der da herinnen sitzt und für diese Absetzung ist, klar sein, dass es mit der Verlässlichkeit der Politik in Steyr nicht besonders weit her ist.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag auf Absetzung. Wer ist für die Absetzung dieses Antrages? 6 ÖVP. Wer ist dagegen? SPÖ, Grüne, FPÖ, Bürgerforum.
Stimmenthaltung? Keine. Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.
Wir kommen jetzt wieder zum ursprünglichen Punkt. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Vzbgm. Bremm, ich bitte um deine Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Debatte zeigt eigentlich, dass der Weg, den wir in der Frage Röda eingeschlagen haben, der richtige ist. Der Kollege Altmann möchte, dass sie ein bisschen weniger bekommen, der Eichhübl möchte, dass sie gar nichts bekommen, die Michaela Frech möchte, dass sie mehr bekommen ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Du hast mir nicht zugehört.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Du stellst es überhaupt ein wenig in Frage, aber das ist ja nichts Neues. Keine Neujahrüberraschung war das, die Debatte haben wir schon öfters geführt.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Wir stehen wenigstens für Kontinuität.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Auch wir, weil wir stehen zu diesem Kulturverein Röda, wir stehen zu dieser Einrichtung, wir stehen auch zu dieser Subvention, an die sich der Verein auch orientieren muss. Ich glaube, dass das der goldene Mittelweg ist, den wir hier gewählt haben. Dass die Wünsche immer größer sind, das ist verständlich. Wir kennen ja die Debatte, dass auch Röda immer mehr möchte. Wir haben gesagt, sie müssen sich halt nach dem orientieren. Aber grundsätzlich zu dieser Diskussion die geführt wird, ich glaube sie ist nicht ganz in Ordnung. Wir haben uns vor vielen Jahren dazu bekannt, dass wir ein Jugendkulturhaus der Jugend in Steyr zur Verfügung stellen wollen. Wir haben da auch wirtschaftlich

einen sinnvollen Weg gewählt, indem wir nicht gesagt haben wir führen das als Stadt Steyr, dann würde das Unsummen kosten. Das wäre überhaupt kein Vergleich. Es hat sich ein Verein bereit erklärt, dieses Haus zu führen, zu den Bedingungen. Wir haben gesagt, dieses Haus steht kostenlos, also ohne Miete, Frau Kollegin Fanta, zur Verfügung. Die ursprüngliche Vereinbarung war, dass mit den Einnahmen aus der Taubenmühle, dass der Verein diese Einnahmen als Förderung noch dazu bekommt um die Betriebskosten zu bestreiten, weil das ist Bestandteil für den Verein, für das muss der Verein selbst aufkommen. Wir haben dann im Laufe der Jahre nachgebessert und wir sind seit einigen Jahren jetzt bei der Subvention von 40.000 Euro. Ich muss das schon zurückweisen, es ist mir nicht bekannt, und ich bin mittlerweile in einem Alter, wo das Langzeitgedächtnis relativ gut funktioniert, was du gestern gesagt hast, das kann vielleicht sein, dass ich es vergessen habe, aber was voriges Jahr gesprochen wurde, das weiß ich sehr wohl noch. Wir haben in keinsten Weise darüber debattiert, ob wir die Subvention für Röda ändern oder nicht ändern. Also, diese Debatte ist mir in keinsten Weise bekannt. Dass Röda einen Wunsch hat mehr zu haben, das ist richtig. Ich glaube, wie die Debatte geführt wird und dem Verein da vorgehalten wird ob die einem möglichen Mieter dort das Büffet geben oder nicht das Büffet geben, soweit kann die Debatte in diesem Kreis nicht gehen. Es wäre sicherlich nicht klug. Es wäre äußerst unklug, wenn sich wir als Stadt, als Gemeinderat in das Geschehen, in die Vorgangsweisen eines Vereines einmengen würden. Unsere Aufgabe ist nur, dass das Haus nicht zweckwidrig verwendet wird, das ist unsere Aufgabe, da haben wir denen auf die Finger zu schauen. Und Kultur ist halt sehr unterschiedlich. Ich weiß das selbst von meinen eigenen Kindern. Wenn eine Klasse Veranstaltung ist dann gehen sie zum Röda und sagen, Papa ich brauche das Eintrittsgeld. Der Papa zückt die Brieftasche und bezahlt es. Kultur kostet auch Geld. Hier zu klagen bei einer Gemeinderatssitzung, 14 Euro Eintritt das ist zu viel, das kann sich niemand leisten, also, das sollte nicht unsere Diskussion sein. Es ist Aufgabe des Vereines das Haus anständig zu führen, anständige Kultur anzubieten. Ich glaube, dass das hervorragend gemacht wird, dass es auch eine gute Einrichtung ist. Wie sie wirtschaftlich das alles bewältigen, das ist in erster Linie ihre Aufgabe. Wenn sie Eintritt verlangen, dann verlangen sie einen Eintritt. Da sollen sich wir als Stadt nicht einmengen. Ich würde wirklich da alle ersuchen, dass wir gerade die Jugendkultur nicht zum politischen Spielball machen und uns da auseinander setzen. Lassen wir die Jugend dort arbeiten. Es ist eh lange genug der Fall gewesen. Lassen wir die Jugend dort gestalten und die sollen sich das selbst richten und wenn sie uns brauchen, dass wir vielleicht lenkend eingreifen, dann sollten wir zur Verfügung stehen, aber sonst sollen sie selbstständig dort ihre Aktivitäten machen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Ich denke an sich, dass das Meiste schon gesagt wurde und es ist eigentlich in den Kulturvereinen ganz dasselbe, auch wie im Sportverein, die ja schlussendlich auch ihre Sportanlagen von der Stadt zur Verfügung gestellt bekommen, größtenteils, und auch dafür zu trachten haben, dass ein halbwegs ein wirtschaftlich geregelter Ablauf in den Vereinen vonstatten geht und das ist, ob es jetzt der Röda ist oder ob es der ATSV Stein ist, im Endeffekt dasselbe. Jeder muss schauen, wie er auch in Eigenverantwortung über die Runden kommt. Ich denke, dass das dort unten im Röda auch entsprechend gehandhabt wird. Das andere hat im Endeffekt der Vizebürgermeister Bremm schon gesagt, dass sehr wohl darauf geschaut wird, auch vonseiten der Stadt, wie dort unten die Abläufe sich in diesem Haus gestalten und durchgeführt werden.

Ich bitte um Zustimmung für diese 40.000 Euro.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, Grüne, 1 FPÖ (GR Payrleithner), Bürgerforum Frech. Wer ist dagegen? 1 FPÖ (GR Zöttl). Wer enthält sich der Stimme? ÖVP und 1 FPÖ (GR Eichhübl). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag geht es um das Kulturzentrum AKKU, um Freigabe der Jahressubvention in der Höhe von 30.000,-- Euro, die auch dementsprechend im Budget vorgesehen ist. Ich ersuche um Freigabe dieses Betrages.

8) Fin-246/06 Kulturzentrum AKKU Steyr, Jahressubvention 2007.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 15. Dezember 2006 wird dem Kulturzentrum AKKU Steyr, vertreten durch den Obmann Prof. Helmut Schönleitner, 4400 Steyr, Färbergasse 5, eine Jahresförderung für das Jahr 2007 in der Höhe von

Euro 30.000,00 (i. W. Euro dreißigtausend)

gewährt.

Der genannte Betrag findet seine Deckung bei der VA-Stelle 1/300000/757000 (Kulturangelegenheiten – lfd. Transferzahlungen an private Organisationen ohne Erwerbschar. – AKKU) und wird aus dieser VA-Stelle freigegeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Der nächste Punkt ist die Projektförderung für den Verein „Musikfestival Steyr“, die heuer das Musical „Les Miserables“ und die Opfer „Orpheus und Eurydike“ aufführen. Ich ersuche um Freigabe des im Budget vorgesehenen Betrages von 36.500,-- Euro.

9) Fin-190/06 Verein „Musikfestival Steyr“ Projektförderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 15. Dezember 2006 wird dem Verein „Musikfestival Steyr“, vertreten durch die Präsidentin Eva Pötzl, p. A. Tourismusverband Steyr, 4402 Steyr, Stadtplatz 27, zur Durchführung des Musikfestivals Steyr 2007 eine Projektförderung in Form einer Subvention in der Höhe von

Euro 36.500,00 (i. W. Euro dreißigsechstausendfünfhundert)

gewährt.

Der genannte Betrag ist im Voranschlag 2007 auf der VA-Stelle 1/300000/757000 Kulturangelegenheiten – Subvention Musikfestival Steyr vorgesehen. Der erforderliche Betrag wird aus obiger VA-Stelle freigegeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster und letzter Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Jetzt geht es an sich um einen meiner kleinsten Anträge, was die Summe betrifft.

10) Fin-251/06 Mitgliedsbeitrag für den RHV Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 2007; Akontozahlungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 22. Dezember 2006, wird den vierteljährlichen Akontozahlungen für den Mitgliedsbeitrag 2007 in Höhe von Euro 419.770,00 (exkl. USt.), also insgesamt Euro 1.679.080,00 (exkl. USt.), an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird die Freigabe eines Betrages in Höhe von Euro 1.679.808,00 (exkl. USt.) bei der VAST. 1/851000/754000 für das Rechnungsjahr 2007 genehmigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist immer interessant. Wenn es um 40.000 geht, wird diskutiert und bei 1,6 Millionen gibt es keine Diskussion, das ist selbstverständlich.
Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter. Nächster Berichterstatter ist StR Wilhelm Hauser.

BE: STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, meine werten Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtsenat und dem Gemeinderat, geschätzte Presse, geschätzte Gäste. Heute haben wir den Geschäftsbericht für das Jahr 2005 der Stadtwerke vorliegen. Ich möchte gleich dazu sagen, warum man erst jetzt zur Beschlussfassung kommt ist unter anderem, weil wir diesen Geschäftsbericht vom Wirtschaftsprüfer erst im Dezember zurückbekommen haben. Wer sich also die Unterlagen ansieht, da ist der Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers mit 5. Dezember 2006 ausgestellt und somit ist er erst heute zur Beschlussfassung vorgelegt.

In diesem Geschäftsbericht, und Sie haben das ja im Amtsbericht vor sich liegen, wird also dargestellt, dass das Bilanzergebnis minus 1,3 Millionen Euro beträgt. Trotz allem muss zu dem Geschäftsbericht Folgendes gesagt werden. Ca. 400.000 Euro die in diesem Geschäftsbericht sich negativ auswirken für das Jahr 2005 resultieren daraus, dass wir für sieben Jahre eine Steuernachzahlung haben für jene Dinge die sich also aus diesen Behindertenfreifahrten ergeben. Da das als eine Eigenleistung versteuert werden muss und das ca. 140.000 Euro ausmacht die wir an das Finanzamt zu überweisen haben, andererseits eine Umgliederung in Investitionskostenzuschuss für das Stadtbad bzw. für die Kunsteisbahn, das sind also ca. 400.000 Euro die also nicht mehr in den folgenden Jahren aufscheinen werden. In dem Sinne ist aber natürlich unser größter Minuspunkt, und das muss man also eindeutig sagen, der Rückgang des Gasgeschäftes und zwar der Rückgang des Gewinnes im Gasgeschäft, weil natürlich aufgrund dieser enormen Preissteigerungen, die es gegeben hat, hier ca. 700.000 Euro weniger aufgrund des Gasverkaufes hereingekommen sind. Deshalb sind wir also in der Situation, dass wir den Verlust im Verkehrsbetrieb, den wir ja in diesem Vertriebsverbund Gas und Verkehr haben, nicht mehr abdecken konnten.

Wir haben zwar ein ambitioniertes Einsparungsprogramm vorgelegt und auch durchgesetzt in vielen Bereichen, und das waren alles Einsparungen die wir gemacht haben, ohne dass es der Bürger gemerkt hat. Ich sage jetzt einmal, in dem Sinne z. B. Einsparungen von Grabungskosten durch das Berstlingverfahren und so fort und so fort. Das hat also ca. 400.000 Euro Einsparungen gebracht. Trotz allem konnte das nicht alles zur Gänze aufgefangen werden. Natürlich sind auch die Instandhaltungen bei der Kunsteisbahn, beim Stadtbad udgl. immer wieder durchaus ansehnlich und müssen letztlich auch erwirtschaftet werden. Trotz allem ist zu sagen, dass alle Investitionen die wir gemacht haben, außer den Investitionszuschüssen die wir bei Investitionen die also durch die Stadt unterstützt werden, keinen einzigen Euro Kredit aufnehmen mussten, das alles aus dem Cash-Flow bezahlen konnten.

In diesem Sinne sei auch noch erwähnt, dass auch die Aktivbezüge bei den Personalkosten konstant geblieben sind. Die einzigen wirklichen Erhöhungen haben also mit sich gebracht die Steigerungen der Rückstellungen unter anderem auch für Abfertigungen und für die Altersteilzeit. Alles in allem glaube ich ein durchaus herzeigbarer Geschäftsbericht, wenn man sich die Gesamtsituation in der Wirtschaft ansieht. Letztlich war es ja so, dass wir dieses Mal erstmals diese Prüfung durch einen zivilen Wirtschaftsprüfer durchführen ließen, weil es immer sozusagen Kritik daran gegeben hat, ob denn hier alles mit rechten Dingen zugehen würde. Und siehe da, der Wirtschaftsprüfer hat also nichts anderes feststellen können als wie, dass die Finanzgebarung tadellos ist, die Buchhaltung tadellos ist, die Buchführung tadellos ist, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtwerke hier gute Arbeit leisten. In dem Prüfbericht ist auch letztlich vermerkt, und ich möchte das wörtlich zitieren, „dass hier ausdrücklich festgehalten wird, dass wir im Zuge unserer Prüfung keine Tatsachen festgestellt haben, die dem Bestand des geprüften Unternehmens gefährden oder seine Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder schwerwiegende Verstöße gegen Gesetze, Organisationsstatut, Satzungen erkennen lassen oder eine Voraussetzung für einen vermuteten Reorganisationsbedarf besteht und sie können daher einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk ausstellen.“

In dem Sinne ersuch ich also diesen Geschäftsbericht zu diskutieren bzw. zur Abstimmung zu bringen.

11) Stw-105/06 Bilanz und G&V Stadtwerke Steyr 2005; Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der beiliegende Jahresrechnungsabschluss 2005 der Stadtwerke Steyr wird im Sinne der § 5 Abs. 3, lit. b auf Antrag des Verwaltungsausschusses nach § 5 Abs. 5 des Organisationsstatutes für die Unternehmung Stadtwerke Steyr genehmigt.

Gleichzeitig wird die Auflösung der Rücklagen mit insgesamt Euro 13.465,00 genehmigt.

Ebenso wird den stadtwerkeinternen Betriebskostenzuschüssen für Stadtbad, Eislaufplatz und Stadtbus zugestimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Als erster zu Wort gemeldet hat sich GR Eichhübl. Bitte sehr.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien. Gerade erst, vor etwa einem Monat, hat ja die SPÖ-Rathausmehrheit im Alleingang ein Budget für das Jahr 2007 beschlossen, dass zum einen einen Abgang im ordentlichen Haushalt von mehr als 4,7 Mio. Euro vorsieht und diese durch Rücklagenentnahmen abgedeckt werden müssen. Beim stark reduzierten außerordentlichen Haushalt ist es erforderlich eine Neuverschuldung von 5,31 Mio. Euro einzugehen. Nun liegt das Ergebnis der Stadtwerke für das Rechnungsjahr 2005 vor. Die verspätete Vorlage hat der Referent bereits verkündet. Jedenfalls ist von meiner Seite darauf hinzuweisen, dass dieses Bilanzergebnis für 2005 ein Minus von 1.310.000 Euro ausweist. Erstaunlich ist aber, dass noch im Dezember, im Zusammenhang der Beschlussfassung des Budgets für die Stadt hier als Beilage zu diesem Budgetwerk noch eine Zahl von 1,029.000 Euro genannt wurde. Im Vergleich, meine sehr geehrten Damen und Herren, war es möglich im Jahr 2003 einen Gewinn von 890.000 Euro zu erzielen und im Jahr 2004 noch einen Gewinn von 323.700 Euro.

Ich bringe jetzt das Budget der Stadtwerke und das Budget der Stadt deswegen im Zusammenhang, weil trotz der Tatsache, dass es einen Prüfvermerk, einen positiven Prüfvermerk wie der Referent gemeint hat, eines Wirtschaftsprüfers im Zusammenhang der Liquidität der Stadtwerke gibt, sich in absehbarer Zeit der Gemeinderat mit der Entwicklung in den Stadtwerken beschäftigen wird müssen. Und zwar deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil ja inzwischen auch die Zahlen für das Jahr 2006 und 2007 vonseiten der Stadtwerke dargestellt wurden. Im Jahr 2006 erwartet man bereits einen Verlust von 2.287.000 Euro und im Jahr 2007 von 2.922.000 Euro. Es wird also gezwungenermaßen notwendig sein die Frage zu klären, vonseiten dieses hohen Hauses, ob und in welcher Höhe man den Stadtwerken Betriebskostenzuschüsse gewährt oder aber entsprechende Einsparungsmaßnahmen auf den Fuß folgen müssen. Das ist ganz eine logische Schlussfolgerung, denn was jetzt passiert, läuft ja auf Substanzverlust der Stadtwerke hin.

In diesem Zusammenhang hat ja bereits die Direktion der Stadtwerke 2002 darauf hingewiesen, dass, bezogen jetzt auf den Verkehrsbetrieb, die kritische Marke ein Verlust von 993.000 Euro ist und dann Zuschüsse vonseiten der Stadt erforderlich sind, weil es, wortwörtlich, sonst zu Cashabflüssen darunter zu Substanzverzehr, wie ich vorhin angedeutet habe, kommt. Heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, liegen wir bei einem Verlust im Verkehrsbetrieb von 2 Mio. Euro und auch wesentlich darüber. Es ist ja wirklich sehr bedauerlich, denn es ist kein Spiegelbild der Tätigkeit der Mitarbeiter, dass aufgrund der Tatsache, dass sich wirklich die Mitarbeiter in den Stadtwerken sehr bemühen ein positives Ergebnis zu erreichen, nicht bessere Zahlen erwirtschaftet werden konnten. Daher muss aber auch der Fairness halber darauf hingewiesen werden, dass es viele Beeinträchtigungsfaktoren in diesem Zusammenhang gibt, die von den Stadtwerken selbst nicht beeinflussbar sind. Ich nenne ein paar Beispiele: Die Besucherzahlen im Stadtbad oder in den Bädern, wir haben ja deren zwei, oder auch auf der Kunsteisbahn, hängt von der Witterungslage ab. Die Betriebsabgänge müssen aber, nachdem es keine Betriebskostenzuschüsse vonseiten der Stadt gibt, vor allem vom Wasserwerk bei ständig steigenden Tarifen abgedeckt werden. 2005 lagen die Verluste der Bäder und der Kunsteisbahn bei 1,51 Mio. Euro. Besonders dramatisch, der Referent hat ja bereits darauf hingewiesen, ist die Gasliberalisierung im Betriebsverbund Gas und Verkehr. Dort stehen massiv sinkende Einnahmen im Gasgeschäft, ständig steigende Betriebskosten beim Verkehrsbetrieb gegenüber. Das hängt natürlich auch mit der Energiekostenverteuerung zusammen. Daher ergibt sich laut Plan für 2006 im Betriebsverbund ein Minus von rund 2,6 Mio. Euro. Daher muss ich auch ganz offen sagen, habe ich sehr wenig Verständnis dafür, dass, bezogen jetzt auf die Betriebskosten im gesamten SBS-Bereich, die Stadt Steyr seit 2001 den Stadtwerken einige hunderttausend Euro schuldet und säumig ist.

Zwischenruf: Was?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das ist im Geschäftsbericht nachzulesen.

Unberücksichtigt ist aber auch der Risikofaktor der sich im Rechtsstreit befindlichen offenen Beträge von mehreren hunderttausend Euro im Zusammenhang der Netznutzungsausgleichsbeiträge die von der E-Controll vorgeschrieben wurden. Das ist ja bekanntlicherweise eine Erfindung dieser Institution vom Herrn Polz und vom Herrn Bartenstein. Ich nehme an, Herr Kollege Hack, dass Sie inzwischen vom wieder Minister Bartenstein noch keine Antwort erhalten haben, ob es uns möglich sein wird, etwas weniger für die Nutzung des Gasnetzes im oberösterreichischen Raum vonseiten der Stadtwerke zu bezahlen.

Es sind daher, meine Damen und Herren, in absehbarer Zeit, und das bestätigt ja auch inzwischen, aufgrund von vielen Diskussionen im Bereich des zuständigen Ausschusses die Direktion der Stadtwerke, Entscheidungen zu treffen bezüglich Betriebskostenzuschüsse oder aber, wenn die Stadt dazu nicht bereit ist, entsprechende Leistungseinschränkungen vorzunehmen. Ich sage es ganz offen, wir können uns eher Leistungseinschränkungen nicht vorstellen, vor allen Dingen nicht in der Größenordnung in der die Betriebsabgänge aus den Jahren 2006 und 2007 resultieren werden. Im Übrigen war es auch sehr interessant, dass man jetzt offensichtlich unter dem Vorwand, sage ich ganz offen, Einsparungsvorschläge schon nur mehr auf Intervention des zuständigen Stadtrates bereit war, den Fraktionen ein gebundenes Exemplar von dieser Darstellung, die ich Ihnen jetzt in groben Zügen dargebracht habe, zu erhalten. Das liegt dort am Tisch. Man hat natürlich wohlweislich den Teil, den der Kollege Hauser sehr ausführlich berichtet hat, über den Prüfungsvermerk, herausgenommen. Aber ich nehme an, es geht dabei um die Vertraulichkeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich stelle hier eindeutig fest, dass wir dieser Situation in den Stadtwerken und damit verbunden die Vorlage für den Gemeinderat die Zustimmung deswegen nicht geben werden, weil mir geht es gar nicht so sehr um das Ergebnis 2005, was ja auch schon sehr dramatisch ist, sondern vor allen Dingen im Wissen der Zahlen von 2006 und 2007.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen des Gemeinderates, unsere Auffassung geht da ein bisschen einen anderen Weg. Wir werden diesem Antrag schon die Zustimmung geben, weil es das Geschäftsjahr 2005 betrifft, weil wir die Rahmenbedingungen beschlossen haben hier im Gemeinderat und es also daher keine Begründung gibt, diesem Jahresabschluss nicht die Zustimmung zu geben. Ich schließe mich aber dem Herrn Eichhübl wirklich voll inhaltlich an. Da ist Handlungsbedarf da, aber gewaltiger. Einfach zu sagen das ist gottgewollt und es ist halt so und pro Jahr wächst der Abgang, der Zuschussbedarf um 500.000 und in einem Jahr sollen wir dann 2,9 Mio. Euro Abgang haben, um diese Zahl, die Sie gebracht haben, zu wiederholen. Ich glaube, da muss uns allen klar sein, dass wir das Geld nicht haben. D. h., wir müssen das von anderen Leistungen für den Bürger zurücknehmen, weil wir es für diesen städtischen Bereich notwendig haben. Da gibt es zwei Verantwortliche. Da gibt es einen Referenten und da gibt es den Herrn Bürgermeister, der als Bürgermeister der oberste Vertreter auch ist in den Stadtwerken. Ich glaube, da muss gehandelt werden. Da muss man sich jetzt wirklich einmal hinsetzen und überlegen, was kann ich tun, welches Einsparungspotential ist, durchaus auch zu überlegen, ist es notwendig, ist es vertretbar, dass ich Rücknahmen im Leistungsumfang mache. Aber ich kann sicher nicht eines machen, zuschauen und jedes Jahr den Kopf einziehen und sagen, es bleibt uns eh nichts anderes übrig, stimmen wir halt zu. D. h., wir stimmen jetzt zu für den Abschluss 2005 aber wir stimmen auf gar keinen Fall einer Entwicklung zu wie sie da aufgezeigt wird. Wir ersuchen wirklich mit Nachdruck, dass man das Thema Stadtwerke angeht und endlich Entscheidungen trifft, damit diese Abgänge in den nächsten Jahren nicht weiter passieren.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Willi, deine Schlussworte bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen, also ich möchte einmal darauf hinweisen, und das

hat ja der Kollege Eichhübl auch schon gemacht, dass natürlich viele Dinge hier von außen einwirken die also das machen. Wogegen ich mich verwehre ist, dass wir sozusagen da sitzen und den Kopf einziehen und nichts tun. Ich habe zuerst schon gesagt, wir haben Einsparungsvorschläge gemacht bis dato über ca. 400.000 Euro jährlich. Die sind jetzt in der Umsetzung bzw. ein Teil davon ist schon umgesetzt. Sie werden es also auch beim Geschäftsbericht 2006 dementsprechend wahrnehmen. Immerhin sind das 400.000 Euro die also eingespart werden, jährlich, ohne eine einzige Leistungsrücknahme. Ich sage das nur, wenn man das so als Peanuts bezeichnen möchte, vom Kündigen des Wartungsvertrages für die Einfahrtstore, weil wir uns das selbst machen, weil wir eh eine Werkstatt haben und sagen, wir können das tun, bis hin zu Grabungsverfahren udglm. bzw. bei allen anderen Möglichkeiten die also irgendwie hier von uns gesehen wurden. Das heißt natürlich nicht, dass wir an diesen Dingen nicht weiter arbeiten und dass wahrscheinlich es da und dort vor allen Dingen auch zu Überlegungen kommen muss, wo könnte man sozusagen an dem einen oder anderen Schraubchen drehen ohne dass es für den Bürger massivste Auswirkungen hat. Aber dass wir nichts tun, dagegen verwehre ich mich einfach, weil das ist belegbar und beweisbar.

Die zweite Geschichte ist, dass wir natürlich aber auch sehr viel dafür tun, damit sozusagen die Umsätze steigen. Das sieht man unter anderem auch in dem Geschäftsbericht. Dass wir also steigende Beförderungszahlen haben, das bewirken wir unter anderem damit, dass es halt Investitionen in die Busse geben muss und dass wir hier unter anderem auch dahingehend investieren, dass die Leute diesen öffentlichen Verkehr attraktiv finden. Ein weiterer Schritt wird uns also heuer gelingen durch die Teilnahme am Regionalverkehrskonzept, wo sozusagen auch Linien umgelegt werden, eine neue Linie nach Garsten dazukommen wird udglm. und wir in diese Situation hineinkommen, dass wir hier auch Unterstützungen vom Land bekommen werden, die letztlich, so hoffen wir, den Verlust hier etwas schmälern und minimieren werden.

Die nächste Geschichte ist, dass ich mir denke, wir sind auch gut am Wege andere Attraktivierungen umgesetzt zu haben unter anderen die Sanierung des Stadtbades wo es also schon dazu gekommen ist, obwohl wir auch eine relativ kurze Phase eines schönen Sommers heuer hatten, aber gegenüber dem letzten Jahr, also dem Jahr 2005, die 1 ½-fache Besucherzahl haben im Freibad udglm. Es geht ja nicht nur darum, dass wir was einsparen, sondern dass wir vor allen Dingen unseren Betrieb auch attraktiver machen um also hier die Besucherzahlen bzw. die Nutzer dieser Einrichtungen auch zu steigern. Also ich glaube wir sind hier auf einem guten Weg. Ich höre immer so im leisen Hintergrund, ständig sozusagen, die Überlegungen man muss doch was tun, man muss doch was tun und resultieren tut das meistens dann in der Privatisierungsdiskussion und gegen die verwehre ich mich massivst.

In diesem Sinne, möchte ich nur, weil zuerst eine Frage aufgetaucht ist von der Frau Kollegin Wührleitner und ich also immer versuche sehr rasch zu reagieren, bezüglich der Schulbusbetreuung, also hier Auskunft zu geben. Es ist so, dass aufgrund der gesetzlichen Vorschriften bis zum 14. Lebensjahr im Bereich des Schülertransportes zwei Kinder für einen Erwachsenen zählen. Das bedeutet, dass wir in Wirklichkeit, aufgrund des Gesetzes, im Solobus 150 Kinder bis zum 14. Lebensjahr transportieren könnten. Die derzeitigen Höchstzahlen bei einem Solobus sind 100. Bei dem Gelenksbus, den wir betreiben, wäre die Schülerzahl 270 die wir transportieren könnten und wir transportieren derzeit 160. Da sind sie eh voll, das geben ich durchaus zu. Es ist also so, wenn ich nur ein Beispiel nennen darf warum es manchmal zu diesen Spitzen kommt wie Sie das gesagt haben, wir haben also unter anderem mit Kontrolleuren versucht die Sache im Resthof in den Griff zu bekommen. Dort betreiben wir die Schulbusfahrt mit einem Solobus und zwei Gelenksbussen. Komischerweise ist das halt so, dass alle Kinder zum letzten Bus gehen, weil zum ersten Bus, da wären sie fünf Minuten früher in der Schule als sie unbedingt sein müssten, der fährt halb leer und der letzte geht über. Das ist menschlich so wie in allen anderen Bereichen auch. Trotzdem müssen wir schauen, wie wir den öffentlichen Verkehr auch über die Bühne bringen, damit die Leute, sprich in dem Fall die Schülerinnen und Schüler rechtzeitig im Unterricht sind. Ich hoffe, dass ich das beantwortet habe. Wie man das alles in den Griff bekommt, dahingehend als wie dass ich noch zusätzliche Busse, noch zusätzliche Chauffeure einsetze und auf der anderen Seite sagt ihr, ich soll einsparen, ich weiß es nicht. Danke, ich ersuche abzustimmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? 3 FPÖ. Stimmenthaltungen? 1 (Bürgerforum Frech). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich danke dem Berichterstatter. Letzter Berichterstatter ist Herr StR Gunter Mayrhofer.

BE: STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube alle Anwesenden waren beim Neujahrsempfang und konnten hier in aller Breite den Tätigkeitsbericht der Bauabteilung vernehmen. Der Herr Bürgermeister war so freundlich, dass er 2/3 seiner Zeit unserer Abteilung gewidmet hat. Ich bedanke mich recht herzlich dafür.

Drei der avisierten Projekte stehen heute zur Abstimmung und ich ersuche Sie hier um Zustimmung. Das 1. ist Hochwasserschutz Ramingbach. Hier geht es um die Vergabe der Bauarbeiten, der Schutz der Anrainer und auch des Stadtbades. Ich glaube ganz wichtige Maßnahmen die so schnell wie möglich umgesetzt werden sollen. Dafür sind 670.800 Euro notwendig wobei Bund und Land 80 % dazu beitragen werden. 20 % bleiben bei uns. Ich ersuche um Zustimmung.

12) Wa-15/04 Hochwasserschutz Ramingbach; Vergabe der Bauarbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 20. Dezember 2006 wird der Vergabe der Hochwasserschutzmaßnahmen am Ramingbach im Bereich des Stadtbades im Gesamtausmaß von EUR 699.042,14 inkl. MWSt. an die ARGE Lang & Menhofer, Linz, und Bernegger, Molln, zugestimmt.

Die Mittelaufbringung im gerundeten Gesamtausmaß von EUR 670.800,00 erfolgt durch die Stadtbetriebe Steyr als Vorfinanzierung, wobei die zugesagten Fördermittel von Bund und Land 80 % betragen werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Da musst du aber dazu sagen, dass wir das vorfinanzieren. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, weil sonst ginge das nicht so schnell. Wir wollen auch fertig sein zum Zeitpunkt wo das Stadtbad wieder aufgesperrt wird. Das sind ganz wesentliche Punkte zu diesem Antrag.

Gibt es Wortmeldungen? GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, nur zwei Sätze. Es ist sehr erfreulich, dass jetzt endlich den vielen Worten und dem langen Warten in Sachen Hochwasserschutz Taten folgen. Ich möchte aber, und das ist der Grund meiner Wortmeldung, mit Nachdruck darauf hinweisen, dass wir sehr daran interessiert sind, nicht nur als Politiker sondern auch als Betroffene, dass die anderen in der Gunz-Studie vorgeschlagenen Maßnahmen auch im entsprechenden Zeitrahmen abgewickelt und durchgeführt werden. Ich möchte den Herrn Bürgermeister in seiner Funktion als Finanzreferent auch wirklich bitten, dass er schaut, dass hier die zugesagten Mittel vom Land auch dann tatsächlich zur Verfügung gestellt werden, damit vor allem auch die Maßnahmen im Wehrgraben und im innerstädtischen Bereich zeitgerecht abgewickelt werden können und abgewickelt werden müssen. Denn wie wir gesehen haben, voriges Jahr, vor allem das Hochwasser im August, war ja nicht ohne. Im Frühjahr kann uns dasselbe schon wieder passieren. Jeder Zentimeter der durch diese Maßnahmen im Stadtgebiet beim Hochwasser eine Senkung erwirkt bringt viel für die Bewohner und vor allem weniger Schaden und weniger Leid.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall.

Ich möchte sofort dazu Stellung nehmen. Also grundsätzlich ist es so, dass alle Maßnahmen die vorgezogen werden können wir auch bestrebt sind, vorzuziehen. D. h., es gibt schon konkrete Verhandlungen, den Inselabtrag, das war nämlich ursprünglich nicht vorgesehen, dass der gleich, jetzt im heurigen Jahr schon begonnen wird und den Bereich der Ennskrümmung, Einmündung Ramingbach, dass das auch vorgezogen wird, sodass wir ehestmöglich mit diesen Maßnahmen beginnen. Ich kann dir garantieren, es wird wirklich von Planungsseite, aber auch von der Bausseite her alles getan um das möglichst schnell zu machen. Aber es war einfach nicht schneller möglich. Wir haben das wirklich gewissenhaft untersucht und bestmöglich untersucht, damit wir dann wirklich auch die Wirkung erreichen, die du dir wünschst, dass wir auf die 80 cm bei einem 100-jährigen Hochwasser nach unten kommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich glaube man unterschätzt diese ganzen Maßnahmen. Das ist wirklich ein Jahrhundertbau oder Maßnahmen die einem Jahrhundertbau gleichen. Nur um jetzt einmal alleine diese Ennsinsel, diesen Abtrag der dort erfolgt, das sind ungefähr 10.000 LKW-Ladungen. D. h., da geht es ja bitte schön um Kubaturen, da geht es um Mengen. Wenn man sich anschaut, dieses Bündel an Maßnahmen, dass im Endeffekt bei einem Jahrhunderthochwasser eine Reduzierung des Wasserstandes hier im Innenstadtbereich von 80 cm bringen soll, dann muss ich sagen, dann ist das wirklich eine tolle Geschichte. Nämlich im Extremstfall, d. h., dass sehr viele der Hochwässer, die normalerweise Gebäude und Wohnungen überflutet haben und da zum Schaden für die Bürger waren, überhaupt nicht mehr kommen. Das muss unser Ziel sein und da bin ich vollkommen bei dir, volle Kraft voraus, hier muss alles gemacht werden, damit es so schnell wie möglich realisiert wird. Da haben wir auch Unterstützung von Landes- und Bundesseite und ich glaube, da ziehen alle an einem Strang. Ich ersuche um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Im nächsten Punkt geht es um die Jahressubvention für den Tourismusverband. Wir haben gestern die neuesten Zahlen bekommen. Es ist uns gelungen im vergangenem Jahr 2006 die Nächtigungszahlen, um akkumuliert, 3,6 % zu erhöhen. D. h., der Dezember hat ein zweistelliges Zuwachplus gebracht. Damit konnte der eher schwache Frühling, der auch witterungsbedingt war, mehr als kompensiert werden. D. h., ich glaube wir sind hier auf einem sehr, sehr guten Weg. Meine Gratulation auch an das handelnde Team, die machen wirklich eine super Arbeit. Ich ersuche um Zustimmung der 159.000,00 Euro.

13) Fin-228/06 Tourismusverband Steyr; Jahressubvention 2007.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 2. Jänner 2007 wird dem Tourismusverband Steyr, eine einmalige, nicht rückzahlbare, außerordentliche Subvention in Höhe von EUR 159.000,00 gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

EUR 159.000,00 (i. W. Euro einhundertneunundfünfzig) aus der VAST. 1/771000/757000 bewilligt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Also, der Tourismus entwickelt sich in Steyr gerade zum Jahresende immer ausgezeichnet. Der Tourismus arbeitet gut, das MarketingTeam arbeitet gut. Ich glaube, das Geld ist sinnvoll angelegt.

Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Hier geht es um ein Neuplanungsgebiet und zwar im Bereich Neuschönau. Die Neuschönau ist ein geschlossenes Siedlungsgebiet mit einer villenartigen, Einfamilienhausartigen Verbauung. Diese Struktur soll erhalten bleiben, aber so, dass eine zeitgemäße Adaptierung und Vergrößerung den Bedürfnissen der Familien entsprechend sehr wohl dargestellt werden können. Die zuständige Fachabteilung für Planung wird im Detail diesen Bebauungsplan ausarbeiten und für die Zwischenzeit ist die Erlassung eines Neuplanungsgebietes notwendig. Ich ersuche um Zustimmung.

14) BauGru-11/06 Neuplanungsgebiet Nr. 14 – Neuschönau.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat wolle nachstehende Verordnung betreffend die Erlassung des

Neuplanungsgebietes Nr. 14 –Neuschönau - beschließen:

V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom

Das im Plan der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 10.1.2006 bezeichnete Gebiet Neuschönau wird als Neuplanungsgebiet der Stadt Steyr gemäß § 46 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr verordnet:

I.

Gemäß § 45 Abs. 1 der OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 66/1994 idgF., wird für das im Plan des Stadtbauamtes vom 10.1.2006 bezeichnete Gebiet (rot umrandet) ein zeitlich befristetes Neuplanungsgebiet verhängt.

Das beabsichtigte Neuplanungsgebiet reicht von der Viaduktgasse im Norden bis zur Stadtgrenze im Süden. Die westliche Begrenzung ist die Enns. Die östliche Begrenzung erfolgt durch die Eisenbundesstraße und inkludiert zusätzlich noch den Bereich „Hotel im Park“. Von dem Neuplanungsgebiet ist auch der im südlichen Bereich liegende Bebauungsplan Nr. 14 berührt, der im Rahmen der Bebauungsplanerstellung in den neuen Plan integriert werden soll.

Bei einer Bebauung sind nachfolgende Kriterien zu berücksichtigen:

Ziel des Neuplanungsgebietes sowie des künftigen neuen Bebauungsplanes soll die Erhaltung der Struktur im Bereich der Einfamilienhäuser sein, wobei eine zeitgemäße Verdichtung aufgrund des gesteigerten Wohnbedürfnisses der Bevölkerung zu ermöglichen wäre. Die straßenabgewandten bzw. innenliegenden Grünflächen sollen weitestgehend von jeder Hauptbebauung freigehalten werden. Maßgebliche Punkte für eine Bebauung sind, dass die künftigen straßenseitigen Baufluchtlinien den Baufluchtlinien des straßenseitigen Baubestandes gleichzusetzen sind. Die hinteren Baufluchtlinien werden in einem Abstand von 15 m, gemessen von der straßenseitigen Baufluchtlinie, ausgewiesen. Die maximal zulässige Anzahl der zu errichtenden Geschosse über den Erdboden darf zwei Vollgeschosse, die Geschossflächenzahl soll 0,35 nicht übersteigen. Bei Bestandsobjekten, die bereits jetzt die maximal zulässige Geschossflächenzahl erreichen bzw. übersteigen, soll eine zusätzliche Erweiterung nicht mehr ermöglicht werden. Der Bestand gilt in diesem Fall als Obergrenze.

Gemäß § 45 der OÖ. Bauordnung leg. cit. kann der Gemeinderat durch Verordnung bestimmte Gebiete zu Neuplanungsgebieten erklären, wenn ein Flächenwidmungs- oder Bebauungsplan für dieses Gebiet erlassen oder geändert werden soll und dies im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Bebauung erforderlich ist. Die Erklärung zum Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen; Bewilligungen für die Änderungen von Bauplätzen und be-bauten Grundstücken und Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn nach der jeweils gegebenen Sachlage anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungs- oder Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert.

II.

Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idgF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Gibt es zu diesem Punkt eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? 1 (Bürgerforum Frech). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Dringlichkeitsantrag. Ich bitte den Vertreter der Grünen diesen Dringlichkeitsantrag vorzutragen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, „die Abschaffung der Studiengebühren“, der Titel wird Ihnen ja nicht fremd sein, es geht ja die Diskussion auf und ab, speziell in Oberösterreich, siehe Landtag. Wunderbarerweise hat sich ja das Land Oberösterreich, im Speziellen die SPÖ OÖ und im Speziellen des Herrn Landeshauptmann Stellvertreters LH Haider ja bereit erklärt, quasi dem Regierungsabkommen eine Absage in diesen Punkten zu erteilen. Ich möchte Ihnen aber mit Lautstärke mitteilen, warum wir diesen Antrag hier stellen wollen und vielleicht ein paar Zahlen dazu. 1999 hat der Anteil des Hochschulbudgets am BIP 1,22 % betragen und siehe da, sieben Jahre später, im Jahr 2006 nur mehr 0,78 %. Was folgt daraus? Ursprünglich hat man ja geglaubt, dass durch die Studiengebühren sich wesentliche Voraussetzungen für unsere studierenden Kinder im Hochschulbereich verbessern. Nein, gerade das Gegenteil ist der Fall. Überfüllte Hörsäle, zuwenig Labor und Seminarplätze, kaputte Geräte, die aufgrund der mangelnden Ressourcen auch nicht mehr repariert werden können. Wer ein eigenes Kind hat das in den letzten Jahren angefangen hat zu studieren, der weiß auch dieses Durcheinander bei der Inskription. Meine eigene Tochter hat versucht in Graz Medizin zu studieren. Wir haben brav die Studiengebühren bezahlt und der Output der Universität Graz war rund und klein und das war alles. Das war eine CD wo glaube ich 1200 Fragen draufgestanden sind, die sie bis im Jänner, bis zu der sogenannten K.O.-Prüfung lernen hätte müssen. Ich denke mir, in einem Land Österreich oder in Europa, wo bemängelt wird, dass gerade in Österreich wir einen zu geringen Anteil an Akademikern und Akademikerinnen haben, es durchaus angebracht gewesen wäre, seitens der verflochtenen Regierung, hier die notwendigen Ansätze und Ressourcen zu schaffen, damit wir auch wieder Anschluss finden, europäischen Anschluss finden und auch weltweiten Anschluss finden an Forschung, Wissenschaft ect., ect.

Nun ist es ja so, dass es auch bei der neuen Regierung, bei Regierungsverhandlungen und letzten Endes auch im Beschluss geheißen hat, man möge die Studierenden dahingehend anhalten sie mögen doch einen Sozialdienst machen. Das ist insofern eine Ironie, es hat ja auch Stimmen gegeben die gesagt haben die tun eh nichts, die hängen eh nur herum, diese Bummelstudenten, weil ja die Tatsachen beweisen, dass jetzt schon 2/3 der Studenten einer Erwerbstätigkeit nachgehen müssen und dadurch auch unter finanziellen Druck und eingeschränktem Lebensstandard und auch unter finanziellen Problemen leiden. Diese Ansage, den Studierenden im Land Österreich, ganz gleich welchen Lebensstandard die Eltern führen, ob sie jetzt über viel oder wenig Geld verfügen in ihrem Haushalt, einen Zugang zur Bildung, zur Weiterbildung, zu einem Hochschulstudium zu verschaffen, der ist zwar lange her, ist aber in Wahrheit in letzter Zeit nicht mehr zu bemerken. Ich denke mir, wir Grüne haben auch diesen Antrag, diesen Dringlichkeitsantrag, deshalb gestellt, weil auch die Stadt Steyr über eine Fachhochschule verfügt und weil auch die Stadt Steyr eine Fernuniversität besitzt und dass es auch zu den Intentionen dieser Stadt gehört.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Da bezahlen sie aber eh nichts.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja, aber wir haben alle Kinder die in Graz, Wien oder Salzburg studieren.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bezogen auf Steyr bezahlen sie nichts.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Dass es auch zu unserem Interesse gehören würde die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen und dass wir hier eine Resolution an die Bundesregierung schicken als Gemeinderat und obendrein uns erbitten, dass der Bürgermeister, der ja nicht zufällig der gleichen Fraktion angehört die auf Bundesebene in der Regierung sitzt, sich für die Steyrer und Steyrerinnen und im Speziellen für unsere studierenden Kinder einsetzt. Ihr habt allen den Antrag vor euch liegen, ich bitte euch dahingehend um Unterstützung. Letzten Endes geht es um die Zukunft unserer Kinder. Ich glaube es wäre gut getan sich hier in die Presche zu werfen und diesen Antrag zu unterstützen.

Der Gemeinderat beschließe folgende Resolution an die Bundesregierung:

Der Steyrer Gemeinderat fordert die Bundesregierung auf, die Studienbeiträge abzuschaffen und die den Universitäten dadurch entgehenden Mittel aus dem Regelbudget zu decken. Des Weiteren wird der Bürgermeister der Stadt Steyr, Ing. David Forstenlechner, ersucht, sich bei Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer für die Abschaffung der Studiengebühren stark zu machen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Herr Payrleithner ist der Nächste.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es ist halt ein Gfrett, wenn man in die Verlegenheit kommt Wahlversprechen einlösen zu müssen, wenn man nicht damit gerechnet hat. Die Kollegen vom Herrn Apfelthaler haben ja im Parlament, gestern, einen Antrag eingebracht und es ist auch dort von den SP-Mandataren, ich nehme auch an von dem Mandatar aus dem Bezirk Steyr der SPÖ, abgelehnt worden. Also nehme ich nicht an, dass er heute hier eine Mehrheit finden wird. Alles andere wäre eine Überraschung. Von der Wende zur Wende ist offensichtlich nur mehr der rote Wendehals übrig geblieben der jetzt ein bisschen Probleme hat, dass er sogar das Sakko zubringt, weil er so voll Stolz erfüllt ist, dass er als Bundeskanzler, auf Gnaden der ÖVP, Politik in Österreich machen kann. Das ist sehr erfreulich. Ich hätte mir in der Arbeiterstadt Steyr erwartet, dass wir heute vielleicht eine Resolution auf den Tisch legen, ehemaliger Zentralbetriebsratsobmann Bremm, über die soziale Kälte, den Pensionsraub und was ihr jahrelang überall verbreitet habt, da hätten wir heute wirklich mit Begeisterung zugestimmt. Das sind nämlich Probleme die vielleicht die breite Bevölkerungsschichten betreffen, vor allem die Arbeiterschaft in Steyr. Da vermisste ich die starke Stimme der SPÖ und nicht bei den Studiengebühren die meiner Meinung nach vollkommen zu Recht bestehen.

GEMEINDERAT MAG. STEPHAN KEILER LL.M.:
Weil es dich nicht trifft.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Jene die lange studieren, für jene ist es ein Lenkungsregulativ, die anderen leisten einen kleinen Beitrag dafür, dass die Steuerzahler ihr Studium ermöglichen. Die Arbeiter die sich im zweiten Bildungsweg weiterbilden, müssen auch einen Beitrag leisten und bekommen das nicht ersetzt. Ich glaube, dass das fair ist.

Einen Aspekt gebe ich dir auch zu bedenken, lieber Freund Kurt, in der Bundesrepublik überlegt die große Koalition, eine gewaltige Einrichtung diese große Koalition, die Einführung von Studiengebühren und dann möchte ich sehen, was sich in Österreich abspielt, wenn die Studenten nach Österreich kommen, weil sie wir abgeschafft haben und jetzt schon unsere Probleme haben, dass sie einen Studienplatz bekommen. Das nur als Detail am Rande.

Ich hätte mir eine andere Resolution von der SP heute erwartet, da hätten wir mit Freude zugestimmt, nämlich eine Resolution die wirklich jene Probleme betrifft, die vor allem von euch sieben Jahre, teilweise auch zu Recht, da mache ich gar keinen Hehl daraus, kritisiert worden sind. Da ist es sehr ruhig geworden. Das vielleicht auch einmal zum Nachdenken, Gerhard.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau GR Frech.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich bin, das sage ich ganz offen, kein Freund von diesen Resolutionen an die Bundesregierung, weil im Prinzip hätten wir eigentlich da sehr viel zu tun.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Freundin!

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Gunter, kannst du mir noch meine Wortwahl selbst überlassen? Muss ich da noch nicht auf dich hören? Danke schön.

Zwischenrufe: Noch nicht!

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Dieses noch nicht ist ein Füllwort. Das hätte ich bei jedem verwendet. Nur von anderen Fraktionen kommt es halt nicht.

Zurück zum Thema. Wie gesagt wir hätten viel zu tun, wenn wir ständig diese Resolutionen machen. In diesem Fall, muss ich sagen, bin ich durchaus sehr froh darüber, einfach deshalb, weil man soll die Politiker immer wieder an ihre Versprechen erinnern. In diesem Fall ist es ja sehr offensichtlich, dass Versprechen gebrochen wurden. Das ist das eine. Vor allem, wenn es um das Thema Bildung geht, man schafft hier zwei Klassen von Bildungswilligen. Auf der einen Seite haben wir die Studenten die die Studiengebühren zahlen an den Universitäten. Sie zahlen diese Studiengebühren aber nicht an den Fachhochschulen zumindest nicht an allen, nachdem die Fachhochschulen Ländersache sind. D. h., in Oberösterreich können Studenten an den Fachhochschulen kostenlos studieren an der Universität nicht. Das ist meines Erachtens nicht einzusehen, vor allem wenn man in Richtung Vereinheitlichung von Bildungsabschlüssen geht. Die einen müssen zahlen die anderen werden diskriminiert und das kann so nicht sein.

Wenn der Kollege Payrleithner sagt, so richtig populistisch, die Arbeiter im zweiten Bildungsweg, Herr Kollege Payrleithner, jeder Arbeiter, jede Arbeiterin kann gerne auch z. B. an der Abend-HAK eine Bildung machen, eine Ausbildung, eine sehr qualifizierte und zahlt dafür gar nichts. Kostenloser Bildungszugang. Die Abendschulen kosten nichts. D. h., hier mit so populistischen Dingen zu kommen, halte ich für sehr problematisch. Ich denke mir, wenn der Steyrer Gemeinderat, ist nur ein kleines Rädchen im ganzen Getriebe, zumindest geschlossen auch auftritt, über alle Fraktionen hinweg, und signalisiert, wir halten diese Studiengebühren nicht für sinnvoll, weil sie Bildung erschweren, zugleich tragen sie aber nichts zur Verbesserung der Universitäten bei, weil dazu ist der Betrag schlichtweg zu gering. Der Betrag ist zu gering um Investitionen zu tätigen, Lehrveranstaltungen wirklich in solcher Zahl abhalten zu können wie sie nötig wären um sein Studium in Mindeststudienzeit abschließen zu können und für den Einzelnen ist es aber eine Härte. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich stamme nicht aus einer reichen, begüterten Familie und es war für mich so schon schwierig genug mein Studium zu finanzieren. Aber wirklich Studiengebühren auch noch zu haben, das wäre wirklich das Letzte gewesen. Das wäre für mich möglicherweise der letzte Grund gewesen mein Studium nicht abschließen zu können und ich weiß wovon ich spreche.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Vertreter der Presse. Für die Presse ist ja das gemacht, diese Resolution an die Bundesregierung. Wir haben ja schon vor längerer Zeit bitte schön gesagt, solche Resolutionen, solche Zuwürfe auf Bundesebene hin, dessen sollten wir uns eigentlich enthalten, weil sie ja nicht wirklich zielführend sind. Wenn dann noch dazu im Antrag drinnen steht es muss im besonderen Interesse der Stadt Steyr als Fachhochschul- und Universitätsstadt liegen und wir wissen, dass die Fachhochschulbeiträge nicht die Studierenden zahlen sondern das Land OÖ übernimmt, wenn wir wissen, dass die Fernuniversität Hagen schon seit Jahren natürlich Studiengebühren einhebt, das hat Sie bisher nicht gestört Herr Apfelthaler, alles auf Steyr bezogen natürlich, dann frage ich mich wirklich, was dieser Antrag soll. Noch dazu das Regierungsprogramm für diese 23. Gesetzgebungsperiode die vereinbart wurde zwischen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs und der ÖVP, sagt es zum Thema Förderung der Studierenden: Das bestehende System der Studienbeiträge wird folgendermaßen verändert. Eine interministerielle Arbeitsgruppe wird das Studienbeihilfensystem im Hinblick auf seine soziale Treffsicherheit untersuchen und Verbesserungsvorschläge erstatten. Das bereits existierende Kreditmodell wird ausgebaut und in der Öffentlichkeit mit dem Ziel verstärkt bekannt gemacht, dass es von einem größeren Kreis an Studenten in Anspruch genommen wird. Dazu kommt die Möglichkeit, dass künftig bestimmte gemeinnützige unentgeltliche Tätigkeiten im Ausmaß von 60 Stunden im Semester eine Refundierung der Studienbeiträge bewirken. Hierbei wird besonders an Betreuungs- und Unterstützungsleistungen im Rahmen des Schulwesens und an Tätigkeiten im Rahmen neuer sozialer Herausforderungen, Hospizbewegungen und ähnlichen, gedacht. Bei den Fachhochschulen, Steyr, treten keine Änderungen ein. So, dann hat es geheißen, in diesem Antrag der Grünen, dass um so viel weniger Studierende sind. Es hat noch nie so viel Studierende in Österreich gegeben als jetzt. Die Uni Linz baut derzeit aus und zwar massiv. Anscheinend deswegen, weil sie nur mehr die Hälfte der Studierenden hat. Studienbeiträge haben von 200.000 50.000 überhaupt keine bezahlt, weil es natürlich Stipendien gibt. Es gibt keinen Ausschluss bitte schön eines Studierenden. Wer finanziell notleidend ist, der erhält sein Stipendium. Jeder kann in Österreich studieren. D. h., das ist wirklich nur populistisch und sonst nichts. Ich habe vernommen, dass mit einem leichten Abänderungsantrag sogar die SP eventuell diesem Antrag zustimmt. Ich glaube, das wird sie schon für ihren Vorsitzenden nicht machen, der sich wirklich ja sehr freut, dass dieses

Übereinkommen, dieses Regierungsprogramm, geschlossen wurde. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Vizebürgermeister Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Werte Kolleginnen, liebe Kollegen, Michaela ich kann dich überraschen, aber auch den Kollegen Mayrhofer, den kann ich auch dabei überraschen ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Gibst du leicht auch Nachhilfeunterricht?

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Soziale Dienste leiste ich eh immer.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Um 6 Euro?

Gemeinderätin Ute Fanta verlässt um 15.55 Uhr die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nein, ich verlange gar nichts, ich mache meine ehrenamtlichen Funktionen kostenlos.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich habe ja keinen Hehl daraus gemacht zu dem Koalitionsergebnis, zu den Verhandlungen. Ich habe mich auch dazu geäußert, lieber Kollege Payrleithner. Ich habe überhaupt keine Gewissensbisse. Ich habe mir da kein Blatt vor den Mund genommen. Wobei man natürlicherweise schon sagen muss, 35 % und noch etwas, das sind bei Weitem nicht 50 % wo man alleine bestimmen kann. Gerade als Gemeinderat der Stadt Steyr habe ich auch die Zeit im Gemeinderat erlebt wo wir keine absolute Mehrheit gehabt haben und welche Kompromisse wir eingehen mussten. Ein Wahlkampf ist natürlich immer etwas anderes oder Idealvorstellungen, Wünsche, politische Forderungen sind immer etwas anderes oder das Ergebnis dann daraus, wenn man keine Mehrheit hat und wenn man einen Koalitionspartner dazu braucht. Also, Ich bin über dieses Verhandlungsergebnis, und ich sage es auch in diesem Kreis, nicht erfreut. Ich persönlich hätte mir so manche Dinge anders gewünscht. Es gibt aber einen Partner mit dem man zu einem Ergebnis kommen musste. Es war auch der Auftrag. Ich habe aber auch kein Problem damit und ich gehöre sicherlich immer zu denjenigen die ein Ergebnis akzeptieren müssen. Ich werde eine demokratische Entscheidung auch zur Kenntnis nehmen, aber es wird mich nicht daran hindern, auch bei uns, im Innenverhältnis in meiner eigenen Partei, auch für die nächsten Jahre zu werben um unsere politischen Ziele, die wir uns gemeinsam gesetzt haben, auch annähernd zu erreichen. Es ist ja nicht das Ende der Welt angelangt, es ist nicht das Ende von Österreich und jetzt lösen wir uns auf, sondern es ist eine neue Zusammensetzung in der Bundesregierung und es ist eine große Herausforderung. Aus diesem Grund und auch zum Teil der Pensionsregelung, dort ist es ja nicht ganz so, dass dort nichts nachjustiert worden ist. Es ist in einem geringen Ausmaß, bei den Abschlägen der Pensionen hat es Nachjustierungen, Abänderungen gegeben. Ich bin da noch immer der tiefsten Überzeugung, und es wird auch immer mein politisches Anliegen bleiben, dass unser Motto, das wir vor dem 1. Oktober gehabt haben, 45, 60 und 80, dass das auch für die nächste Zeit dieses Thema bleiben muss. Es wird nicht einfach sein. Wir haben einen Regierungspartner mit dem man auch das vereinbaren können muss. Also, wir werden darüber nicht alleine entscheiden können.

Zum Antrag der Grünen. Wir werden als Fraktion, und das ist die Überraschung Michaela, dem Antrag der Grünen die Zustimmung geben. Wir hätten, und das sage ich da auch ganz offen, von uns aus keinen Antrag eingebracht, weil ich auch glaube, jetzt ein paar Tage nach der Regierungsbildung, im Steyrer Gemeinderat einen Antrag einbringen, das geht ein bisschen hin ins populistische. Obwohl dass ich inhaltlich zu dem stehe. Ich bin ein massiver Gegner der Studiengebühren, weil es ungerecht ist hier Studiengebühren zu verlangen. Es war auch immer im Programm der Sozialdemokratie seit den 70iger Jahren wo Bruno Kreisky Bundeskanzler geworden ist, dass der Zugang zu den Hochschulen für alle gleich sein muss. Es gibt eh noch viel Ungleiches, weil Kinder in die Schule schicken und studieren lassen, ich weiß was das bedeutet. Ich bin ja nicht gerade

Sozialhilfeempfänger, ich verdiene anständig, aber ich weiß zu beurteilen, und ich hab einmal nicht so viel verdient wie jetzt, ich war ganz ein einfacher Facharbeiter, und ich könnte es mir nicht leisten zwei Kinder in die Schule zu schicken. Ich weiß von was ich rede. Da ist wirklich jeder Tausender den man mehr zahlen muss eine immense Belastung. Dadurch sehe ich es als riesige Ungerechtigkeit und sehe das überhaupt nicht ein. Hier wünsche ich mir, dass in der nächsten Zeit auch Nachjustierungen möglich sind. Nur eines finde ich auch nicht gescheit, weil das haben wir schon immer gesehen, dass das die größte Ungerechtigkeit ist, bei der Studienbeihilfe, weil dort bekommen erst wieder die das Geld die sowieso nicht darauf angewiesen sind. Das kennen wir aus der Vergangenheit auch sehr genau.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Lieber Herr Kollege Bremm, du weißt aber jetzt nicht von was du redest?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich weiß von was ich rede, weil nämlich viele ...

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Sollen wir Studenten die 30 Semester studieren unterstützen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

... Kolleginnen und Kollegen, in meiner Zeit als Betriebsrat, hinausgefallen sind aus diesen Unterstützungen weil halt ihr Verdienst am Lohnzettel gestanden ist im Gegenzug zum bäuerlichen Bereich. Ich bin keinem was neidig, aber dort ist es nicht nach dem Einkommen gegangen sondern nach dem Einheitswert. Die Selbstständigen und Freiberufler, also dort hat es Gestaltungsmöglichkeiten gegeben, die hat kein kleiner Arbeiter und kein kleiner Angestellter gehabt und die sind damals schon hinausgefallen aus den Richtlinien. Also, ich weiß schon von was ich spreche, lieber Gunter Mayrhofer.

Um zum Antrag der Grünen zurückzukommen, wir werden den Antrag unterstützen aber nicht vollinhaltlich wie er von den Grünen eingebracht worden ist, sondern wir stellen einen Abänderungsantrag. Einen zusätzlichen Absatz wollen wir hier einfügen. Und zwar mit dem Wortlaut:

ABÄNDERUNGSANTRAG

Der Gemeinderat möge beschließen:

Nach dem dritten Absatz des Dringlichkeitsantrages der Grünen Steyr vom 16. 1. 2007 wird nachstehender Absatz zusätzlich eingefügt:

„Auch die unter dem Punkt „Förderung der Studierenden“ vorgeschlagene Änderung des Studiengebührengesetzes in Form der Möglichkeit, dass künftig bestimmte gemeinnützige unentgeltliche Tätigkeiten im Ausmaß von 60 Stunden im Semester eine Refundierung der Studienbeiträge bewirken sollen (hierbei wird besonders an Betreuungs- und Unterstützungsleistung im Rahmen des Schulwesens und an Tätigkeiten im Rahmen neuer sozialer Herausforderungen wie z. B. der Hospiz-Bewegung gedacht) stellt keine sinnvolle Alternative zur Abschaffung der Studiengebühren dar. Dieser Vorschlag der „Sozialarbeit“ macht Studierende zu FronarbeiterInnen des 21. Jahrhunderts und ist daher strikt abzulehnen. Insbesondere für so wichtige gesellschaftliche Aufgaben wie Bildung und soziale Dienste erscheint diese Form der „Fronarbeit“ vor allem aus Sicht der LeistungsempfängerInnen für nicht geeignet, da gerade beispielsweise die anspruchsvolle Arbeit in der im Koalitionspapier genannten Hospiz-Bewegung ein hohes Maß an Professionalität und Fachlichkeit erfordert.“

Weiters soll der letzte Satz des Dringlichkeitsantrages der Grünen Steyr vom 16. 1. 2007 mit dem Wortlaut: „Des Weiteren wird der Bürgermeister der Stadt Steyr Ing. David Forstenlechner ersucht, sich bei Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer für die Abschaffung der Studiengebühren stark zu machen,“ ersatzlos entfallen.

Es ist nicht die Aufgabe des Bürgermeisters jetzt Gespräche und Verhandlungen mit dem Bundeskanzler zu führen. Das kann nicht sein. Der Gemeinderat der Stadt Steyr beschließt entweder die Resolution, dann ist sie an die Regierung weiter zu leiten oder der Gemeinderat beschließt keine und nicht die Aufgabe hier, dass der Bundeskanzler nach Wien pilgert und dort Gespräche über das

führt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFFER:
Der Bundeskanzler soll nach Wien pilgern?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Entschuldigung, das war ein Versprecher. Der Bürgermeister natürlich. Ich hoffe es wird verziehen. Kollege Mayrhofer, du hast dich nämlich noch nie versprochen.

Also, dieser Satz soll ersatzlos gestrichen werden. Ansonsten würde ich ersuchen, dass dieser Abänderungsantrag, den ich dir, Herr Bürgermeister, überreiche, doch eine breite Zustimmung, um Gerechtigkeit bei den Studierenden herbeizuführen, beschlossen wird.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es zum Abänderungsantrag Wortmeldungen? GR Frech.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, wert Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wert Gäste. Also ich gehe ja völlig konform mit dem Kollegen Bremm was diese 60 Stunden Arbeit anbelangt. Ich tu mir ein bisschen hart mit dem Begriff Fronarbeit, aber im Endeffekt ist es eine sinnlose Angelegenheit, weil erstens einmal diese 60 Stunden Arbeit, das zu kontrollieren ein gewisser Verwaltungsaufwand ist. Dann möchte ich wissen, was so an Studiengebühren unter dem Strich über bleibt. Der nächste Punkt ist, jeder von Ihnen, der irgendwann einmal in einer sozialen Einrichtung tätig war, in einer Bildungseinrichtung, der weiß, dass das nicht so ist, da kommt jetzt jemand hin für 60 Stunden und jetzt kann ich ihn 60 Stunden einsetzen, sondern da brauche ich jemanden, der diese Person einschult, der dieser Person Arbeiten zuweist, der diese Person, unter Anführungszeichen, auch kontrolliert und schaut, dass das alles in Ordnung ist. D. h., ich belaste damit eine Organisation sogar. Ich glaube nicht, dass irgendeine Sozialeinrichtung, irgendeine Bildungseinrichtung großartige Freude entwickeln wird über diese 60 Stunden. Heute mal 5 Stunden, dann wieder einmal 5 Stunden, dann vielleicht in verschiedenen Einrichtungen. Damit belaste ich diese Organisationen. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, eine solche Regelung wie mit diesen 60 Stunden das abzuarbeiten, kann wirklich nur jemandem vom Schreibtisch aus einfallen, das sage ich ganz klar und deutlich, und nicht jemandem der irgendwie aus der Praxis kommt, weil der weiß ganz genau, dass das so nicht funktioniert.

Wo ich ein Problem habe, Herr Kollege Bremm, was diesen Abänderungsantrag anbelangt, ja warum denn nicht den Herrn Bürgermeister zu ersuchen sich stark zu machen. Da steht nicht, dass er nach Wien fahren muss. Sich stark zu machen. Das kann ein Telefonat sein, das können E-Mails sein, das können persönliche Kontakte sein. Ich bin mir sehr sicher, dass der Herr Bundeskanzler Gusenbauer sicher einmal nach Steyr kommen wird und dann z. B. die Gelegenheit auch zu nutzen sich hier einzusetzen. Ich finde das ja durchaus eine Ehre, wenn wir den Bürgermeister auffordern sich stark zu machen beim Bundeskanzler.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Herr Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Wenn den Grünen in Steyr jetzt Populismus vorgeworfen wird, weil wir hier einen Dringlichkeitsantrag gebracht haben, dann frage ich Sie alle, ist ein Wahlversprechen einer Großpartei die dann anschließend in die Regierung kommt, ein gebrochenes Wahlversprechen nicht auch Populismus? Haben nicht Tausende in Österreich darauf gehofft, dass die SPÖ in Österreich dieses Wahlversprechen durchsetzt? Ich glaube, uns hier Populismus vorzuwerfen ist ziemlich weit hergeholt. Ich kann den Herrn Vizebürgermeister Bremm durchaus unterstützen wenn er hier die Abänderung unter dem Punkt Förderung der Studierenden hier dazu haben will. Da hat er durchaus mein Verständnis. Wo ich aber kein Verständnis habe ist das, dass er fordert, dass sich der Herr Bürgermeister beim Bundeskanzler nicht stark macht für die Abschaffung der Studiengebühren. Wir sagen ja nicht „geh“ oder „du musst“ oder was weiß ich was, Herr Bürgermeister, sondern wir ersuchen dich. Genauso wie du das in allen anderen Fällen tust, wo du in Fragen der Stadt Steyr dich auf Bundesebene, auf Landesebene stark machst für uns. Da brauchst du ja auch nicht extra eine Aufforderung dazu, das tust du.

Zwischenruf: So ist es!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Und warum darf man das dann nicht in einem Dringlichkeitsantrag erwähnen, wenn es ohnehin selbstverständlich ist? Warum darf man das nicht? Ist das „Pfui gack“, wenn wir sagen, bitte Herr Bürgermeister setze dich ein auf Bundesebene bei deinem Parteifreund Gusenbauer, Kanzler, dass die Studiengebühren abgeschafft werden. Also bitte schön, das ist Feigheit.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Für alle jene die auf Bundesebene die Diskussion im Nationalrat mitverfolgt haben, im Plenum, wo ein Antrag des Herrn Dr. Brokal, wortgleich von den Grünen übernommen worden ist ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Nicht wortgleich.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Fast wortgleich. Wo ein Antrag der FPÖ, darum verstehe ich jetzt die Haltung des Kollegen Roman Eichhübl und Freunde nicht, am heutigen Tage, auf Abschaffung der Studiengebühren, gemeinsam mit den Grünen eingebracht worden ist und wo sogar auf Landesebene der Herr LH-Stellvertreter Erich Haider sich einsetzt dafür.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das ist ja super. Ich sage es ganz frei heraus. 1. ist die Landesregierung OÖ nicht zuständig für die Studiengebühren ...

Diskussion verschiedener Mandatare

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Na, er redet so einen Blödsinn.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nein, nein Freunde, so ist es nicht. Ich wollte mir ja was ersparen.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Eines kann ich euch nicht ersparen, das ist die persönliche Verantwortung unserer Volksvertreter und Volksvertreterinnen die wir aus dem Land OÖ nach Wien schicken und dann macht der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haider einen Versuch, ganz klar warum, das weiß auch jeder, weil er in ein paar Jahren Wahlkämpfen muss und weil er mit dem Ergebnis das diese Bundesregierung zustande gebracht hat wahrscheinlich sich äußerst schwer tun wird, ich erinnere nur an die Fahnen die in diversen Parteibüros draußen hängen, wo die Verräter geortet werden, und dass dann die Grünen und auch die ÖVP auf Landesebene mit Berechtigung zum Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter sagen, lieber Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haider, du hast einige Abgeordnete aus OÖ die ja durchaus auf Bundesebene mitstimmen können, wenn es um einen Antrag zur Abschaffung der Studiengebühren geht. Und jetzt sind wir dort, liebe Freunde und Freundinnen, bei der persönlichen Verantwortung unserer Abgeordneten. Bundesweit ist dieses Wahlversprechen gefallen.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:

Und landesweit nicht?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Landesweit auch.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:

Ah eh.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Aber wer hat denn gegen die Abschaffung der Studiengebühren auf Bundesebene, bei der letzten Plenarsitzung, gestimmt? Das waren die Abgeordneten Sonja Ablinger, Bezirk Linz, Ing. Kurt Gartlehner, Bezirk Steyr, Mag. Kurt Gassner, Bezirk Perg, Marianne Hagenhofer, Braunau. Ersparen Sie mir den Rest von der Liste, ersparen Sie mir auch, dass der Herr Walter Murauer dagegen gestimmt hat. Also, wo sind wir denn? Nur bloß weil der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Erich Haider in zwei oder drei Jahren Wahlkämpfen will und gleichzeitig auch ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Und der Anschöber, geht der in Pension?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wir haben wenigstens der Resolution zugestimmt auf Bundesebene aber die SPÖ nicht.

Zwischenrufe: Aber im Land doch nicht.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ja natürlich, weil wir erst einmal abwarten wollten wie verhalten sich denn die Sozialdemokratischen Abgeordneten.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wer A sagt muss auch B sagen, liebe Freunde. Man kann es nicht in OÖ verlangen und auf Bundesebene wird es abgelehnt von den eigenen Verantwortlichen. Das ist ja der Witz dabei. Und im Kleinen sind wir ja wieder dort. Es ist ja beschämend, wenn man dann in der Kommune Steyr verlangt, dass sich der Herr Bürgermeister quasi für unsere Stadt hier einsetzen soll, das tut man nicht. Oder wie? Ich war gestern zufällig in Graz ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Kurt, geh lass es gut sein.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Das hättet ihr gerne. Ich war gestern in Graz und hab mir dort die Demonstration angeschaut. Ich muss eines sagen, es hat mich wirklich erschreckt, mit welcher Vehemenz und mit welcher Enttäuschung, muss ich sagen, sich die Studenten und Studentinnen dafür einsetzen. Es waren nicht nur Sozialdemokratische Studenten und Studentinnen dort. Wenn man sich dann die Lieder dort angehört hat, wer aller wen verraten hat, da hat es einen Kanon gegeben, das hat mir musikalisch sehr gefallen, nur der Text war fatal. Der Text war sehr fatal. Wenn Sie das nicht ernst nehmen liebe Kolleginnen und Kollegen und wenn Sie mich auslachen nur weil ich Ihnen sage die oberösterreichischen Abgeordneten setzen sich ein, dass die Studiengebühren abgeschafft werden und dann auf Bundesebene dagegen stimmen, dann muss ich wirklich sagen, wenn diese Sturmwarnung, die heute in Steyr ausgesprochen worden ist, die man direkt ernst nehmen sollte, das wird Sie irgendwann einmal auch betreffen liebe SPÖ.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. GR Keiler bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Jetzt kommt einer, der davon was versteht.

GEMEINDERAT MAG. STEPHAN KEILER LL.M.:
Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, sehr geehrte Presse, werte Kollegen. Das stimmt, ich weiß aber nicht, ob ich mir das gerade von Ihnen vorwerfen lassen muss. Ich darf auch wieder zurückkommen zu den Studiengebühren um die sind im Antrag und vor allem auch im Abänderungsantrag geht und dazu grundsätzlich was sagen. Man mag dafür oder dagegen sein. Es gibt viele Gründe die es verständlich machen, warum jetzt die Proteste so groß sind. Die sind nämlich deswegen nachvollziehbar, auch für viele Leute die selbst nicht studiert haben, weil die Zustände an den Unis, warum auch immer, ich möchte das jetzt niemanden persönlich vorwerfen, obwohl man das könnte, katastrophal sind, die Wartezeiten, die Dauer der Studien wird durch die mangelnde Ausstattung immer verlängert. Die Leistungen der Unis, die man ja eigentlich einfordern könnte durch die Studiengebühren, lassen zu wünschen übrig. Wir haben ja ein Beispiel gehört, man muss Studiengebühren zahlen, damit man zu einer Prüfung antreten kann, um überhaupt

das Studium beginnen zu dürfen. Das macht, aus meiner Sicht, unabhängig von der Frage ob man Studiengebühren gut findet oder nicht, einmal die Frage zulässig, sind denn die Studien, die man hier bezahlt das überhaupt wert? Das bleibt also für mich offen.

Ich bin selbst betroffen, das stimmt, ich habe seit dem Sommer wieder inskribiert, weil ich mein Doktorat schreibe und ich bin auch deshalb betroffen, weil ich seit ein paar Semester selber unterrichte an einer Fachhochschule und beobachten kann wie das die Leute persönlich betrifft.

Ich möchte aber jetzt auf unseren Zusatzantrag zu sprechen kommen, wo die 60 Stunden Sozialarbeit konkret angesprochen werden und damit führt sich für mich dieses ganze System, das jetzt neu propagiert wird in der Regierung, wirklich ad absurdum. Wie viele wissen bin ich seit über 16 Jahren ehrenamtlich beim Roten Kreuz aktiv und habe, wie gesagt, ein Doktoratstudium inskribiert und bei der erstbesten Möglichkeit werde ich versuchen, nicht um mir Geld zu sparen, sondern um das aufzuzeigen, mir meine Dienste am Notarzwagen im Steyrer Krankenhaus auf meine Studiengebühren anrechnen zu lassen, was nach sich zieht, dass eine ehrenamtliche Tätigkeit, die bisher unbezahlt war auf einmal mit sechs Euro pro Stunde vergütet wird. Die Frage ist, ob dieses Koalitionsabkommen und diese Neuerung bei den Studiengebühren wirklich diesen Sinn haben soll, dass ehrenamtliche Tätigkeit plötzlich bezahlt wird. Welche Einsparungen das bringt kann ich nicht sagen. Ich werde aber versuchen das durchzubringen und das Geld, dass ich mir dadurch erspare, natürlich wieder dem Roten Kreuz zur Verfügung stellen, weil ich nicht selber profitieren möchte. Aber nur auch noch einmal zum Abänderungsantrag, weil das da dezidiert drinnen steht, dieser Sozialdienst ist ein Humbug. Weder durchdacht noch bei Weitem nicht zu Ende gedacht. Er wird also mehr Kosten aufwerfen als er bringen wird. Vor allem wird er für viele die keine so eine Ausbildung haben wie ich für den Notarzwagen also gar nicht weiter helfen können.

Ich darf aber auch noch auf meine Vorredner eingehen und da einiges klar stellen. Es wurde hier vom Kollegen Hans Payrleithner eingebracht, dass man in Deutschland durch die große Koalition in Erwägung zieht, Studiengebühren einzuführen. Das stimmt so nicht. Die erste Rot/Grüne Koalition hat ein deutsches Bundesgesetz, in dem drinnen stand, dass es keine Studiengebühren gibt. Dieses Gesetz wurde durch den Bundesverfassungsgerichtshof in Karlsruhe aufgehoben, weil Studiengebühren in Deutschland nämlich Ländersache sind. Deswegen kann die große Koalition sie gar nicht einführen, es obliegt den Bundesländern. Das erste Bundesland in Deutschland das solche Gebühren eingeführt hat war übrigens Bayern. Da komme ich dann zum StR Mayrhofer.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das betrifft uns nicht.

GEMEINDERAT MAG. STEPHAN KEILER LL.M.:

Doch, es betrifft uns schon. Das Fernstudienzentrum Steyr ist nämlich, wie gesagt, ein Ableger der Fernuniversität Hagen, gehört bekanntlich zum Bundesland Nordrhein-Westfalen und dort gibt es keine Studiengebühren. Das was die Fernuniversität Hagen auch hier für Studierende in Steyr einhebt sind Gebühren die berechnet werden aufgrund der Wochenstundenanzahl der Prüfungen die man ablegt. D. h., man bezahlt konkret für eine Leistung, auch das mag man für gut oder schlecht halten, es sind auf jeden Fall keine Studiengebühren. In Steyr kommt noch dazu für die Betreuung durch das Studienzentrum vor Ort werden 85 Euro pro Semester eingehoben. Aber auch dafür gibt es eine konkrete Gegenleistung. Genau die fehlt in vielen Fällen leider bei den österreichischen sogenannten Studiengebühren die ja in Wirklichkeit Studienbeiträge sind.

Abschließend noch einmal auf die Demonstrationen unserer Politik zurückkommend. Die Demonstrationen und Proteste sind auch für mich deshalb ein wenig absurd, weil sie den Falschen treffen. Der Einzige, der hier heraußen die Studiengebühren als Ganzes verteidigt hat, war der ÖVP-Stadtrat Mayrhofer und wir alle wissen, dass die SPÖ in die Wahl gegangen ist mit dem Versprechen die Studiengebühren aufzuheben. Das ist ihr ja in den Koalitionsverhandlungen nicht gelungen, weil jeder weiß, dass die ÖVP die Studiengebühren beibehalten will. D. h., die Proteste treffen eigentlich die Falschen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT MAG. STEPHAN KEILER LL.M.:

Man sollte nämlich gegen die Regierung, die diese Studiengebühren eingeführt hat, und gegen die Partei, die sie jetzt immer noch beibehalten will, demonstrieren und nicht gegen die, die sie in Wirklichkeit abschaffen wollten.

Zum Schluss noch, was die Fraktionsvorsitzende der ÖVP noch eingeworfen hat ist, natürlich sollten Bummelstudenten zahlen. Ich bin völlig deiner Meinung. Nur das Regelstudium plus eine gewisse Anzahl von Semestern, nämlich die damit man auf den Durchschnitt des Studiums kommt, das sollte für alle gratis sein. Es sollten Bummelstudenten, sogenannte, ich möchte den Begriff nur zitieren aber nicht für mich verwenden, zahlen, es sollten Leute zahlen, die ein Zweitstudium machen, so wie ich also mein Doktoratstudium, dafür sollte man zahlen und man sollte auch zahlen, wenn man erst mit 60 Jahren zu studieren beginnt, auch ein neuer Trend, auch diese Leute sollten zahlen, aber das Regelstudium sollte gratis sein. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, der Unterhaltungswert steigt. Es könnte ja fast eine Faschingssitzung oder eine Sitzung der Schlaraffen sein, bei der es ja ähnlich zugehen soll. Wenn ich mir das oft anhöre was der Kollege Apfelthaler von sich gibt, der der Meinung ist, es gibt Leute die haben eine persönliche Verantwortung, nämlich Sozialisten oder der Volkspartei Zugehörige, aber Grüne nicht, weil es gibt ja auch einen Herrn Abgeordneten Pirklbauer. Ich weiß nicht, welcher Fraktion der angehört aber weder den Sozialisten noch der ÖVP. D. h., der Kollege Anschöber am Land hätte genauso bitte Einfluss nehmen können auf seinen Abgeordneten wie alle anderen auch. Wenn das nicht Populismus ist, dann kenne ich mich nicht mehr aus. Wenn ich schon eine Meinung vertrete, bitte schön dann stehen wir auch dazu. Aber versuchen wir nicht so hin und her zu laborieren und zu sagen ich habe eine Verantwortung, in der Stadt ja, am Land habe ich keine, am Bund habe ich wieder eine Verantwortung. Ich glaube jeder gewählte Mandatar hat zwar eine Verantwortung nur die Verantwortung des Steyrer Gemeinderates kann sich mit Sicherheit nicht auf Bundesangelegenheiten beziehen.

Um nicht wegzukommen vom Thema, es geht um 60 Euro pro Monat. Das mag für viele viel Geld sein. Das ist überhaupt keine Frage. Darum gibt es Stipendien, darum gibt es einen Sozialplan auch für jene, denen 60 Euro im Monat zu viel sind.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Deren Trefferquote aber zu gering ist.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

127 Euro verlangt die Stadt Steyr, bis zu 127 Euro, von Eltern für Kinderbetreuung. Kein Thema, da haben wir alle zugestimmt, keiner regt sich auf, dass eine Betreuung, dass eine Ausbildung etwas kostet und dass auch die Eltern dafür zahlen müssen. Bei den Studenten soll das nicht der Fall sein? Noch dazu bitte schön, bleiben wir bei dem Ausdruck Bummelstudenten, nachdem es sogar Studenten gibt, die 30 Semester brauchen, mir fehlt jegliche Begründung, warum 60 Euro zu viel sein sollten. Wenn ich dann höre, ich weiß nicht ob man die Leistung die mir da gebracht wird 60 Euro im Monat wert ist, dann verstehe ich die Welt wirklich nicht mehr. Das hat der Herr Keiler gesagt.

„Feigheit vor dem Feind“ hat der Herr Apfelthaler gesagt.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Na, so habe ich das nicht gesagt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ach so, „Feigheit vor dem Freund“ haben Sie gesagt. Das ist etwas, was mich noch mehr verwundert, natürlich, weil auch das ist jetzt schon aber Populismus pur. Wenn ich zwar einen Antrag stelle und sage, bitte schön Bundesregierung, wo immerhin der Bundeskanzler ein Sozialdemokrat ist, macht das nicht, schafft das ab, aber bitte ich sage es ihm nicht. Ich sage es ihm nicht nur nicht, ich mache mich nicht einmal stark dafür, ich will gar nicht erwähnt werden. Ich gehe zwar auf Geburtstagsfeiern, und ich glaube so ziemlich der ganze Stadtsenat der SP war auf der Geburtstagsfeier und hat sich dann natürlich auch mit dem Herrn Kanzler Gusenbauer getroffen. Das ist alles in Ordnung, aber ich rede ihn ja nicht an und sage jetzt bin ich dagegen. Ich will mich auch nicht stark machen. Ich will nur in den Medien, ich will nur in der Presse da stehen und will sagen ich bin eh für die Studierenden. Also, das ist ein starkes Stück. Ich habe das zuerst nicht umsonst gezeigt, bitte dieses Foto, weil dieses Foto eindeutig signalisiert, dass jemand sehr zufrieden ist mit dem Erreichten. Nicht bitte die

Verhandlungen wurden geführt, federführend von der ÖVP. Wer hat denn um ein Prozent mehr gehabt? Wer war denn der Verhandlungsführer? Wer ist denn jetzt Bundeskanzler? Zu sagen, wir stellen zwar den Bundeskanzler aber wir haben keine Verantwortung, weil Schuld sind die anderen, also, da hört es sich wirklich auf. Um bei den Fotos zu bleiben, bitte schön, so weit ist ja unser Bürgermeister dann auch nicht weg. Ich glaube, dass sich diese beiden Herren durchaus treffen können und wenn sie unterschiedlicher Auffassungen sind das persönlich bereden könnten. Herr Bürgermeister, gebt den einen Absatz wenigstens wieder hinein, dass du dich stark machst dafür und dass du redest mit dem Gusenbauer. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gerhard bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, also eines grundsätzlich zum Abänderungsantrag schon noch einmal. Es geht nicht darum, dass wir hier im Gemeinderat beschließen, dass der Bürgermeister nach Wien fährt und zum ...

Zwischenrufe: Stark macht!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Wo soll er sich denn stark machen?

Zwischenrufe: Telefon, Internet!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Hallo, soll er hinuntergehen am Kai und soll sagen „Gusenbauer, die Studiengebühren abschaffen!“

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Soll er es ihm irgendwie durch eine Rohrpost zubringen lassen? Wir haben ja nicht so viel Zeit, ich weiß ja nicht wann er wieder nach Steyr kommt der Gusenbauer. Das wissen wir ja nicht.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ihr könnt euren Parteiobmann, den Abgeordneten Gartlehner, hinunter schicken.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Es geht in Wirklichkeit darum, dass der Steyrer Gemeinderat sich zu diesem Thema äußert und hier eine Willenserklärung abgibt. Um das geht es bei dieser Resolution.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Sagt es ihm halt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Na net „sagt es ihm halt“. Sie wird ihm eh geschickt. Es wird ja in der Beschlussfassung eh droben stehen, wer es beschlossen hat. Es wird eh oben stehen, dass die ÖVP nicht dabei war und es wird im RTV auch gezeigt werden, wer sich für das Thema stark macht und wer sich für das Thema nicht stark macht. Vielleicht können wir sogar eine Abhandlung da vom Herrn Schott kaufen und schicken sie dem Gusenbauer. Das könnten wir doch tun, dann haben wir uns stark gemacht dafür.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Der hat keine Zeit zu schauen, der muss Nachhilfe geben.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Aber zu dem anderen muss ich schon noch allen Ernstes dazu anführen, lieber Herr Kollege Mayrhofer, du hast dich sechs Jahre, und du, Eichhübl Roman, mit dazu, ihr braucht euch nicht da herstellen und den Scheinheiligen spielen, ihr habt alle diese Maßnahmen im Parlament mit eurer Mehrheit beschlossen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich stehe zu den Studiengebühren.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ja, ist eh in Ordnung. Ihr habt gemeinsam diese Maßnahmen beschlossen und wir haben uns dagegen gewehrt. Mit vielen Aktionen in den sechs Jahren haben wir uns gewehrt. Jetzt hat die ÖVP ...

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Warum gibt es sie dann noch?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Frau Doktor, sind 35 % eine Mehrheit?

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Dann müsst ihr halt eine Alleinregierung machen?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wenn wir uns so verhalten, dann schaut es eh anders aus.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Die ÖVP und die Freiheitlichen können sich dieser Verantwortung nicht entziehen. Ihr habt das im Parlament beschlossen haben. Wir haben versprochen, dass wir sie abschaffen, wir haben aber nicht die Mehrheit. Jetzt hat die ÖVP ihre Position wieder schamlos ausgenützt und an diesen Dingen festgehalten. Schamlos habt ihr es ausgenützt. Ihr habt zwar die Wahl verloren mit Bomben und Granaten, ihr habt es aber noch nicht kapiert, dass der Großteil der Österreicher euren Entschlüssen und euren Beschlüssen nicht folgen kann und dass sie dagegen waren.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Die sind ja nicht zu euch übergetreten, die sind euch ja davon gelaufen. 8 % habt ihr bei der Wahl verloren. Das ist Realität gewesen. Leider Gottes waren wir nicht in der Lage diese Maßnahmen, diese Grausamkeiten, wie wir sie immer genannt haben, wieder zurück zu ziehen. Wir werden aber immer daran arbeiten, wir werden an dem festhalten. Ihr werdet es da herinnen noch einmal erleben, dass wir das Rad noch einmal umdrehen und dass die Studiengebühren weg sind und dass unsere Arbeiter und Angestellten, die 45 Jahre gearbeitet haben und fleißig gearbeitet haben, lieber Kollege Payrleithner, dass die dann mit 60 Jahren in die Pension gehen können. An dem werden wir auch noch intensiv diskutieren und an dem werden wir festhalten.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Roman.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann nur hoffen, im Gegensatz zum Kollegen Bremm, dass der RTV diese Beiträge nicht alle bringt, denn ich bin überzeugt davon, dass sich die Bevölkerung unserer Stadt kein sehr gutes Bild über die Tätigkeit dieses Gemeinderates macht. Obwohl ich durchaus der Meinung bin, dass man über Dinge diskutieren kann, die der Gemeinderat in Wahrheit sehr marginal beeinflussen kann. Es ist ja wirklich überraschend, der Herr Bürgermeister hat es heute einmal anklingen lassen, dass über eigentlich die großen Dinge, wo es um viel Geld geht und wo tatsächlich hier die Entscheidungen fallen, sehr wenig diskutiert wird und über kleine Dinge sehr viel. Da geht es zwar um viel, der Kollege Bremm hat gemeint, also dass die FPÖ sich nicht ihrer Verantwortung entziehen kann. Herr Kollege Bremm, ich habe überhaupt kein Problem damit. Ich kann dir sehr deutlich sagen, ich und meine beiden Kollegen sind selbstverständlich für die Studiengebühren obwohl wir vieles, was damals unter der FPÖ-Regierung mitbeschlossen wurde nicht mitgetragen haben. Darum ist es auch zur Spaltung zwischen FPÖ und schlussendlich zur Einrichtung dieses komischen Vereines BZÖ gekommen.

Gelächter

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ja wirklich sehr erstaunlich, wenn jetzt der Herr Kollege, der EU-Experte im Übrigen auch ist, und sehr viele gute Tipps schon gegeben hat ...

Zwischenruf: Der Herr Mag. Keiler!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ach ja, der Herr Keiler, dort hinten sitzt er ja.

... wenn der sich jetzt herausstellt und genauso wie der Kollege Bremm meint, ja schuld sind ja in Wahrheit die Leute von der ÖVP, die sind schuld daran, dass es zu solchen Ergebnissen gekommen ist, dann ist das wirklich mehr als lächerlich. Und ich täte euch dringend empfehlen, liebe Freunde von der SPÖ, schaut euch einmal eine Internetseite an die unter dem Begriff www.abtreten.at abzurufen ist. Da geht es nicht nur um die Studiengebühren, da geht es nicht nur um Versprechungen ...

GEMEINDERAT MAG STEPHAN KEILER LL.M:

Aber jetzt schon.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

... was also die Pensionszugänge betrifft, die zweifelsohne die ASVG-Versicherten seit 2003 im Besonderen benachteiligen. Da geht es nicht nur um das. Ich sage Ihnen nur ein paar wichtige Punkte Herr Keiler und das kommt also eh aus Ihrem Bereich, Sie sind eh ein junger Mensch, das kommt aus dem Bereich der jungen SPÖ die da schreiben „Abgetretene Wahlversprechen, Abschaffung der Studiengebühren, Abbestellung Eurofighter, 10-Punkte-Programm gegen die Jugendarbeitslosigkeit, Direktwahl der Studierenden ...

GEMEINDERAT MAG STEPHAN KEILER LL.M:

Es geht jetzt um die Studiengebühren.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

... Rücknahme der Pensionsreform, Bildungs- und Wissenschaftsoffensive, Steuerreform, Verteilung von oben nach unten ect. Ich erspare Ihnen das jetzt, das alles vorzulesen. Vielleicht schauen Sie sich das an. Jetzt dann herzugehen, dass die ÖVP daran schuld ist, weil der Herr unbedingt Kanzler, weil er ja schon seiner Mutter erzählt hat, dass er das im Sandkasten bereits angekündigt hat, unbedingt ein hohes Amt in diesem Staate Österreich ausüben möchte. Ich komme mir ja vor wie in einem falschen Film. Ich habe ja den Eindruck, dass der eine oder andere das so sieht, dass hinter dem Herrn Gusenbauer einer gestanden ist mit der Pistole und hat gesagt, ja, du musst selbstverständlich zu allem ja sagen, dafür wirst du dann Bundeskanzler. Das ist ja wirklich sehr erstaunlich, die Dinge so zu verkehren. Also, das geht schon an die richtige Adresse, diese Resolution, wobei ich noch einmal sage, wir, selbstverständlich, bekennen uns zu den Studiengebühren und zwar deswegen, weil es ja nicht so ist wie es dargestellt wird. Bitte schaut einmal nach, wie viele wirklich Studiengebühren bezahlen. Der Herr Mayrhofer hat es ja bereits richtigerweise angesprochen. Alle jene die in einem entsprechenden Einkommensverhältnis stehen, oder deren Eltern, die brauchen ja sowieso keine Studiengebühren bezahlen. Natürlich muss ich schon auch sagen, dass diese Angelegenheit, die angesprochen wird in dem Abänderungsantrag, bezüglich einer Leistung im Sozialdienst oder irgendwo auf Schulen, das ist ja wirklich der größte Nonsens des Jahrhunderts. Das muss man sehr deutlich sagen. Den Teil dieser Resolution würde ich ja sehr unterstützen und auch meine beiden Fraktionskollegen. Aber im Grunde genommen, wie gesagt, haben wir uns bei dieser Diskussion nicht sehr viele Lorbeeren verdient, sondern, wie gesagt, einige haben sich ja fast der Lächerlichkeit preisgegeben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. StR Hauser bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, ich denke mir ganz einfach, wenn man ein bisschen realistisch darauf hinschaut muss man auch sagen, welche Möglichkeiten hätte es denn viel gegeben zu dieser Regierungsbildung. Und wenn man da immer so tut als wie, na welche große Katastrophe jetzt, dass plötzlich da ein roter Bundeskanzler ist. Immerhin muss man ja dazu sagen, war es damals die FPÖ die Schlüssel sozusagen auf den Bundeskanzlersessel als Dritter gehoben hat. Also die wissen schon alle ganz genau wie es geht und in Wirklichkeit alle damit

beschäftigt sind die Sozialdemokraten von dieser Situation fern zu halten. Und um nur ein kleines Beispiel zu erzählen, lieber Roman, was du immer so groß kritisierst und wo man auch dazu sagen muss, dass aber letztlich bei einer Blau/Schwarzen Regierung oder Schwarz/Blauen Regierung, wie immer man das nennen will, riesigste Auswirkungen z. B. auf das hat was du heute kritisiert hast, nämlich dass die Stadtwerke in eine besondere Situation gekommen sind, die Gasliberalisierung. Das ist unter eurer Regierung ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das habe ich gegenüber unseren eigenen Leuten kritisiert.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Ich weiß das schon. Und wir dürfen nicht kritisieren was unsere Leute machen? Also sag nicht, dass das nicht zulässig ist, was wir hier tun.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Macht euch doch wenigstens stark bitte schön.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Wir machen uns eh stark, da braucht ihr euch keine Sorgen machen. Nur lassen wir uns von euch nicht anschaffen wie wir uns stark machen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, es gibt keine Wortmeldung mehr.

Ich möchte auch ganz klar dazu sagen, das was wir da heute machen, das kann nur eine Willensäußerung sein. Wir wissen alle miteinander, wie wir da sitzen, ganz genau, dass wir das Koalitionsübereinkommen nicht verändern werden. Wir können heute eine Resolution machen, dass wir uns was wünschen, dass das in Zukunft so kommen soll, dafür werden wir auch jetzt die Abstimmung machen, und damit hat es sich.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Und du machst dich jetzt nicht stark dafür?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich mache mich stark dafür, dass es in Zukunft die Studiengebühren nicht mehr gibt und zwar genau für die Gruppe wie es der Mag. Keiler gesagt hat.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Für die anderen nicht?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So wie es gesagt worden ist.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer für diesen Abänderungsantrag ist, ich sage es ausdrücklich dazu, für diesen Abänderungsantrag der SPÖ stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? ÖVP und FPÖ. Wer enthält sich der Stimme? Grüne und Bürgerforum. Der Abänderungsantrag der SPÖ wurde mit Mehrheit angenommen. Danke schön.

Wir sind damit am Ende unserer Tagesordnung. Wir haben heute Verhandlungsgegenstände im Wert von 4,182.750,-- Euro beschlossen. Die Sitzung ist geschlossen. Der Sturm ist noch immer nicht da. Ich schlage vor, jeder der ein Haus hat schaut nach, ob eh alles zu ist. Danke schön.

ENDE DER SITZUNG: 16.40 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Christian Aichmayr

Gabriele Obermair

DIE PROTOKOLLPRÜFER:
GR Dr. Michael Schodermayr
GR Helga Feller-Höller